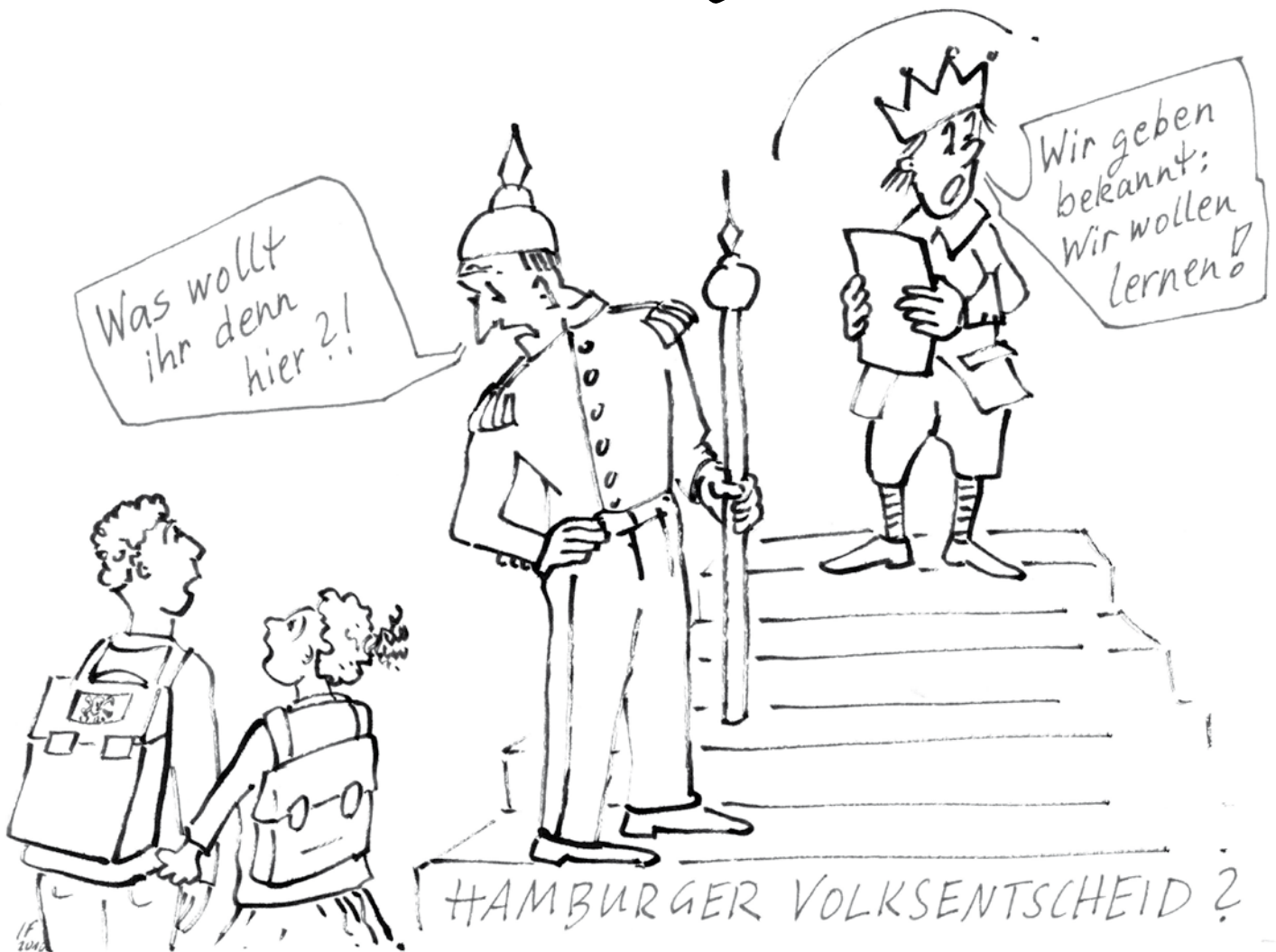


# GGG Journal

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Heft 2/2010



## Unterstützung der Initiative „Chancen für alle“

Hamburg hat eine sich über Monate hinziehende schulpolitische Debatte hinter sich und steht am 18. Juli vor einem Volksentscheid.. Ein Bericht und die Stellungnahme des GGG-Bundesvorstands zu diesem überregional bedeutsamen Ereignis

Seite 3 f

## Serie Organisationsskizzen – IGS Flensburg

Im achten Beitrag der Serie skizziert Lothar Sack mit der Fridtjof-Nansen-Schule eine Schule, die sich einen festen und anerkannten Platz im Gefüge der Flensburger Schulen (einschließlich des Umlandes) erworben hat.

Seite 5 ff

## GGG – Die zweiten 20 Jahre (1. Teil)

2009 feierte die GGG ihren 40. Geburtstag. Über die ersten 20 Jahre schrieb Joachim Lohmann im GGG-Journal 2/2009. Ursula Helmke hat die Entwicklung in der zweiten Hälfte zusammengefasst. Teil 2 ihres Berichts folgt in Ausgabe 3/2010.

Seite 9 ff

## GGG-GEW Himmelfahrtstreffen

Nach acht Jahren Atempause lebte diese traditionelle Nachdenktagung am 12.–14. Mai in Oberursel wieder auf. Eberhard Brandt, Vorsitzender der GEW Niedersachsen, beschreibt im Kommentar seine Eindrücke – brandaktuell!

Seite 20

## INHALT

### Bildungs-Politik

Hamburg vor der Entscheidung	3
Unterstützung der Initiative „Chancen für alle“	3

### GGG-intern

Nachruf Jürgen Riekmann	4
40 Jahre GGG – Die zweiten 20 Jahre	9
Joachim Lohmann zum 75sten!	12
Die GGG auf der Didacta in Köln	18

### Serie

Organisationsskizze Fridtjof-Nansen-Schule – IGS Flensburg	5
--	---

### Aus den Ländern

### Termine

Ankündigung Norddeutscher Kongress	19
------------------------------------	----

### Kommentar

## IMPRESSUM

**GGG-Journal – Heft 2/2010 vom  
01. Juni 2010  
ISSN 1868-4963**

33. (41.) Jahrgang

Herausgeber: GGG – Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa Lohmann, Dr. Klaus Winkel, Wolfgang Vogel (Koordination), Dr. Michael Hüttenberger (presserechtlich verantwortlich)  
Hauptstraße 8, 26427 Stededorf,  
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Vertrieb: GGG-Bundesgeschäftsstelle,  
Hauptstr. 8, 26427 Stededorf,  
Telefon: 04971/94668-0  
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Das GGG-Journal erscheint vierteljährlich.  
Der Abonnementpreis beträgt jährlich € 17,- (einschließlich Versand). Der Einzelpreis des Heftes von € 5,- ist für GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Auflage: 4.000 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH  
Layoutentwurf: Christa Gramm  
Umbruch/Herstellung: Waso Koulis  
Korrektorat: Armin Steigenberger  
Illustration: Ingrid Freihold

Die nächste Ausgabe erscheint am: 01.09.2010  
Redaktionsschluss: 20.07.2010

*... vorab bemerkt*

Liebe Gesamtschulfreunde und -freundinnen,

NRW hat gewählt, kurz vor Drucklegung dieser Journalausgabe ist eindeutig, was das Wahlvolk nicht will: Schwarz-Gelb. Unklar bleibt indessen, was es will: mit zwei Partnern geht nur eine große Koalition, Rot-Grün wie in Bremen ist genauso wenig möglich wie Schwarz-Grün in Hamburg. Zu dritt wären einige Farbkombinationen machbar, Grün ist allerdings immer dabei: am unwahrscheinlichsten ist Jamaika (das bleibt wohl ein Alleinstellungsmerkmal des Saarlands), die Ampel mit der FDP nicht vorstellbar, und Rot-Rot-Grün erstmals (im dritten Anlauf nach Hessen und Saarland) ausgerechnet in NRW? Das wäre eine historische Zäsur. Wir dürfen gespannt sein, was kommt und welche Auswirkungen das auf die Bildungslandschaft im bevölkerungsreichsten Bundesland hat. Bange sein muss uns nicht, die GGG hat dort die höchste Organisationsdichte und ist so nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ ein bedeutender (Macht-)Faktor.

Mit etwas mehr Unbehagen schauen wir nach Hamburg. Dort steht am 18. Juli eine Richtungsentscheidung an, die überregionale Bedeutung hat. Wir berichten darüber aus Landes- und Bundessicht.

Mit der Organisationsskizze zur Fridtjof-Nansen-Schule in Flensburg folgt bereits der achte Teil dieser Serie.

Einen zentralen Platz nimmt Ursula Helmkes Beitrag über die zweiten 20 Jahre der GGG ein. Sie hat das Kunststück fertig gebracht, die umfassenden Berichte der drei Vorsitzenden dieser Zeit auf acht Seiten zu verdichten – Teil 1 (bis 1999) lesen Sie in dieser, die Folgejahre in der nächsten Ausgabe des GGG-Journals.

Die teilweise sehr ausführlichen Länderberichte zeigen, dass die GGG auch in der Gegenwart noch Bedeutendes leistet – zusätzliche Belege sind der Norddeutsche Kongress, der sich ankündigt, und die Nachlese zur Präsenz auf der Didacta. Freud und Leid liegen nahe beieinander: Wir trauern um Jürgen Riekmann, der im März verstorben ist, im Juni feiert Joachim Lohmann seinen 75. Geburtstag.

Am Kommentarplatz beschreibt Eberhard Brandt, Vorsitzender der GEW Niedersachsen, brandaktuell seine Eindrücke vom diesjährigen GGG-GEW-Himmelfahrtstreffen, das nach acht Jahren Atempause wieder auflebte.

Und wie gewohnt finden Sie auch diese Ausgabe des GGG-Journals im pdf-Format auf der GGG-Website, die sich nach wie vor heftiger Hacker-Attacken erwehren muss.

Und nun, liebe Leserinnen und Leser, möge Ihnen die folgende Lektüre und der beginnende Sommer Farbe in Ihren Alltag bringen, und das darf dann ruhig auch ein wenig mehr als Grün sein.

Ihr




**BILDUNGS-POLITIK**

JÜRGEN RIEKMANN / ULRIKE KIDAS-ANDRESEN

## Hamburg vor der Entscheidung

**Bildungspolitisch bedeutsame Volksabstimmung am 18. Juli**

Hamburg hat eine sich über Monate hinziehende schulpolitische Debatte hinter sich, an der sich nicht nur die „üblichen Verdächtigen“, sondern durchaus auch eine breitere schulpolitisch interessierte Öffentlichkeit beteiligt hat. Ausgangspunkt waren die von der Schulsenatorin vorgelegten Entwürfe für einen Schulentwicklungsplan und für eine Novelle zum Schulgesetz. Die Abfassung des Schulentwicklungsplans wurde in 22 regionalen Schulentwicklungskonferenzen in der Zeit vom Sommer 2008 bis zum Mai 2009 vorbereitet und ein erster Entwurf im Juli 2009 vorgelegt. Im Oktober 2009 folgte die Vorlage eines Entwurfs zu einer Novelle des Schulgesetzes, die schon im März 2010 modifiziert und ergänzt wurde.

Verschärft wurde die öffentliche Diskussion im November 2009, als die Initiative gegen die Reform „Wir wollen lernen“ für ihr Volksbegehren 182.000 Unterschriften vorlegen konnte. Die hohe Anzahl der Unterschriften hat alle Beteiligten überrascht und konnte insbesondere von den politischen Parteien nicht übergangen werden. Es musste zu einem Gespräch kommen. Offen war zunächst, unter wessen Beteiligung dies erfolgen sollte. Der Vorschlag, einen Runden Tisch

unter Beteiligung mehrerer gesellschaftlichen Gruppen zu bilden, wurde verworfen, da die Volksinitiative darauf bestand, allein mit dem Senat und den ihn tragenden Parteien zu verhandeln. Man einigte sich aber darauf, den Unternehmer Michael Otto als Moderator in die Gespräche einzubeziehen.“

*Hier endet der von Jürgen Riekmann am 16. März begonnene Beitrag, den er am nächsten Tag fertig stellen wollte. In der Nacht zum 17. März ist Jürgen gestorben, seinen letzten Text für die GGG konnte er nicht mehr vollenden.*

In fünf Verhandlungsrunden trafen sich Vertreter des Senats, angeführt von CDU-Bürgermeister Ole von Beust und der stellvertretenden Hamburger Bürgermeisterin und Schulsenatorin Christa Goetsch (GAL) und der Initiative „Wir wollen lernen“, angeführt von dem Hamburger Rechtsanwalt Walter Scheuerl. Von Seiten des Senats kamen Zugeständnisse, das Elternwahlrecht zu erhalten und den Übergang vom Gymnasium nach einem erfolglosen 7. Schuljahr in die 8. Klasse der Stadtteilschulen zu gewährleisten.

Auf die Forderungen die 6jährige Primarschule nur schrittweise einzuführen (freiwilliger

Start im Sommer 2010, ein Jahr Evaluation, bei positivem Verlauf flächendeckende Einführung), konnten und wollten die Vertreter des Senats sich nicht einlassen. Darauf wurden die sechs Wochen dauernden Verhandlungen für gescheitert erklärt.

Die in der Bürgerschaft vertretenen Parteien (CDU, GAL, SPD und LINKE) bildeten darauf einen Runden Tisch: Regierungsparteien (CDU, GAL) und Opposition (SPD, LINKE) einigen sich auf die Streichung des Büchergeldes, Klassenfrequenzen von 23 SchülernInnen in Primar- und Statteilschule. Das so veränderte Schulgesetz (inklusive der Zugeständnisse an „Wir wollen lernen“) wurde verabschiedet. Am 17. März reichte die Initiative „Wir wollen lernen“ den Antrag auf Volksentscheid ein. Am 18. Juli (in den Sommerferien) soll die Hamburger Bevölkerung über die Einführung der sechsjährigen Primarschule (und die Abschaffung des Büchergeldes) entscheiden. Dies ist auch per Briefwahl möglich.

Die bildungspolitisch fortschrittlicheren Kräfte in Hamburg sammeln sich in der Gegenbewegung „Chancen für alle“, ein breites Bündnis, dem sich Gewerkschaften, kirchliche Gruppierungen, Migrantenorganisationen angeschlossen haben. Auch wir als GGG und ESfA (Eine Schule für alle) haben uns den „Schulverbesserern“, wie sich die Initiative selbst nennt, angeschlossen, auch wenn wir die Einführung der 6jährigen Primarschule nur als (zu) kleinen Schritt sehen – denn ein Sieg der Scheuerl-Initiative „Wir wollen lernen“ wäre fatal – nicht nur für Hamburg. ♦

## Unterstützung der Initiative „Chancen für alle“

**Stellungnahme des GGG-Bundesvorstandes**

Die Hamburger Schulstrukturreform sieht eine Reihe von Veränderungen in der Struktur des Schulwesens vor:

- Verlängerung des gemeinsamen Lernens in der Grundschule bis zum sechsten Schuljahr.
- Abschaffung der Haupt- und Realschulen.

- Schaffung einer gesamtschulnahen integrativen Stadtteilschule, die alle bisherigen Schullaufbahnen und Abschlüsse anbietet und in ihren pädagogischen Optionen Weiterentwicklungsmöglichkeiten für die bisherigen Gesamtschulen bietet. In diese Schulform werden im Wesentlichen alle bisherigen Hauptschulen, Realschulen

und Gesamtschulen überführt. Die Stadtteilschulen erhalten Ausstattungsvorteile u. a. bei der Klassengröße.

- Zerlegung der Langformschulen (die aus Grundstufe, Mittel- und ggf. Oberstufe bestehen) in selbstständige Primarschulen (bis Jahrgang 6) und Stadtteilschulen (ab Jahrgang 7).

- Zunächst Beibehaltung der Gymnasien, wenn auch erst ab Jahrgang 7 und mit eingeschränkten Abschulungsmöglichkeiten.
- Verankerung des grundsätzlichen Rechtes für Förderkinder, allgemeine Schulen zu besuchen und (trotzdem) zunächst Beibehaltung von Förderschulen.

Als Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens sehen wir in der Verlängerung des gemeinsamen Lernens in der Grundstufe auf 6 Jahre, in der Abschaffung der als geringer wertig geltenden Haupt- und Realschulen sowie der Einschränkung der Abschulungsmöglichkeiten beim Gymnasium Schritte in die richtige Richtung: Künftig vergibt jede Schule der Sekundarstufe alle Abschlüsse und erfüllt damit ein Strukturmerkmal der Gesamtschule. Richtig ist auch die Ausstattungsverbesserung der Stadtteilschulen. Die Zerschlagung der Langformschulen ist kontraproduktiv für das längere gemeinsame Lernen; wir betrachten sie als Fehlentscheidung. Und wir bedauern, dass das Gymnasium bei der Bewältigung der bildungspolitischen Herausforderungen nicht (oder kaum) herangezogen wird. Wir begrüßen die gesetzliche Verankerung des Rechtes auf den Besuch allgemeiner Schulen für Schüler/innen mit Förderbedarf. Allerdings bedauern wir, dass trotz des Inkrafttretens der UN-Behindertenrechtskonvention die damit übernommene Verpflichtung zur Schaffung der inklusiven Schule nur zögerlich umgesetzt wird: Struktur und Ausstattung bleiben hinter den Notwendigkeiten zurück. Für uns schafft die jetzige Schulreform keinen befriedigenden Zustand für lange Zeit. Weitere Schritte hin zu einer wirklich inklusiven Schule müssen folgen.

Nun möchten konservative Kräfte, die an einer Aufrechterhaltung der bestehenden Bildungsbarrieren interessiert sind, mit ihrer Kampagne und einem Volksentscheid Schulreformschritte verhindern. Das sollte durch Aktivierung aller an einer Weiterentwicklung des Schulsystems interessierten

## Nachruf für Jürgen Riekmann



Die jüngeren GGG-Mitglieder konnten Jürgen Riekmann über mancherlei geschliffen formulierte Beiträge in den Kontakten. Die etwas älteren hatten ihn kennengelernt auf Kongressen und Fachtagungen. Der Gründergeneration der GGG war er wohl vertraut.

Jürgen Riekmann, Gesamtschulmann der ersten Stunde in Hamburg, von 1975 bis 2000 wachsender und gestrenger Chef der Gesamtschulabteilung in der Hamburger Schulbehörde (unter etlichen Senator/innen), energischer „Motor“ pädagogischer Weiterentwicklungen in der Gesamtschullandschaft im letzten Jahrzehnt und auch wieder im Vorstand der Hamburger GGG, ist am 18. März 2010 75-jährig gestorben.

Vom Staatsrat und den hohen Ministeriumsmitarbeitern über mehrere ehemalige Senatoren (Minister) bis hin zu fast allen Schulleitungen und zahlreichen Ehemaligen der Gesamtschulen des Landes, und selbstverständlich dem GGG-Landesvorstand und Vertretern der Bundesorganisation reichte das Spektrum der Teilnehmer an der Trauerfeier. Nicht zu vergessen die Familie, zuallererst seine Frau Barbara, der Leiterin der bekannten Max-Brauer-Schule. Eine sehr persönliche Trauerrede hielt Otfried Börner, Freund der Familie und anerkannter Englisch-Didaktiker der Gesamtschulen.

Eine bewegende politische Trauerrede hielt sein jetzt auch schon pensionierter Nachfolger Gert Rauschnig. Er zeigte die Vielschichtigkeit der Persönlichkeit in den verschiedenen Rollen seines Lebens: Empathische Wärme und kühle Distanz, Leidenschaft für das längere gemeinsame Lernen, sichere und umfassende Formulierungskunst, profundes Wissen und sicheres Urteil, feiner Humor und hohes zeitliches Engagement. In der (2008 knapp gescheiterten) Volksinitiative Eine Schule für alle eilte Jürgen Riekmann wochenlang von Infostand zu Infostand und sammelte Unterschriften. Den Beschluss der Hamburger Bürgerschaft zur Einführung der 6-jährigen Primarschule im parlamentarischen Allparteienkonsens hat er noch erleben dürfen: Nicht als das Ziel seiner Wünsche, wohl aber als derzeitiges Optimum der Möglichkeiten in unserem so bildungskonservativen Land.

Es war Jürgen und Barbara Riekmanns Wunsch, anstelle von Blumen eine Spende für die GGG zu erbitten. Wohlwissend, was ihm diese Organisation bedeutete, der er 40 Jahre lang angehört hat. Wir Hamburger Freunde des Längeren gemeinsamen Lernens haben einen Mitstreiter verloren, ein Vorbild für lebenslanges Engagement jedoch gewonnen.

GERHARD LEIN

Menschen verhindert werden. Die GGG unterstützt daher die Initiative Chancen für alle, auch wenn einzelne Entscheidungen der Schulreform als nicht weit genug gehend oder problematisch eingeschätzt werden, und fordert alle auf, die ein der

Demokratie würdiges Schulsystem anstreben, beim anstehenden Volksentscheid gegen die Zementierung von Privilegien zu stimmen.

LOTHAR SACK



SERIE

JOCHEN ARLT, RENATE BUSCHMANN UND LOTHAR SACK

# Organisationsskizze Fridtjof-Nansen-Schule – IGS Flensburg

## Beschreibung der Schule

**Adresse:** Fridtjof-Nansen-Schule / IGS Flensburg, Elbestraße 20, 24943 Flensburg, Tel. 0461-85 20 09, Fax: 0461-85 16 60,  
**E-Mail:** igs-flensburg@foni.net  
**Web:** <http://www.igs.flensburg.de>

**Ansprechpartner:**

Dirk Loßack (stellvertr. Schulleiter)

**Art:** Staatliche Schule, Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe (Jg. 5 bis 13).

**Lage, Gelände, Gebäude:** Das Schulgelände liegt im Nordosten Flensburgs auf der östlichen Seite der Förde. In unmittelbarer Nachbarschaft befindet sich ein Gymnasium. Auf dem Schulgelände sind insgesamt zehn Gebäude. Haupthaus mit Aula/Mensa und Quertrakt (A), drei Klassenhäuser (B, C, D), Cafeteria (F), alte Sporthalle (G) und Pavillon (H) stammen aus den 60er Jahren und beherbergten ursprünglich ein

Gymnasium, danach eine Realschule. Die übrigen Gebäude (Klassentrakt I, Oberstufe E, neue Sporthalle) wurden in den Jahren 1996 bis 2004 in Betrieb genommen. Auch nach Abschluss des organisatorischen Aufbaus wurden und werden die älteren Gebäude weiterhin systematisch überholt und modernisiert.

**Größe, Aufbau:** Anzahl Schüler/innen ca. 780, Mittelstufe (Jg. 5 bis 10, 4-zügig) ca. 625, Oberstufe (Jg. 11 bis 13) ca. 155; Anzahl Personal: ca. 60 Lehrer/innen, zahlreiche Honorarkräfte als AG-Leiter, Sekretär/innen, Hausmeister.

**Geschichte:** Die Planung der IGS begann 1989. Ihr Standort wurde durch einen Bürgerentscheid der Stadt Flensburg festgelegt. 1992 nahm die Schule ihre Arbeit mit der Einschulung von vier 5. Klassen auf. 1994 wurde der volle Ganztagsbetrieb eingeführt. Seit diesem Zeitpunkt ist die IGS alleiniger Nutzer des Geländes und der Gebäude. Die

Schule hat an zahlreichen Modellversuchen und Projekten (QuiSS, Sinus, Selbstwirksame Schule, POL-LL: „Projektorientiertes Lernen – Lernen lernen“ als eigenständiges Fach von Klasse 5 bis 13, Schulaudit / agenda 21) teilgenommen und wurde 2008 für den Deutschen Schulpreis nominiert. Schülerschaft: Die Schüler/innen der Schule kommen aus dem Stadtgebiet und dem Flensburger Umland. Die Schule hat eine für Flensburg nahezu bevölkerungsrepräsentative Zusammensetzung der Schülerschaft.

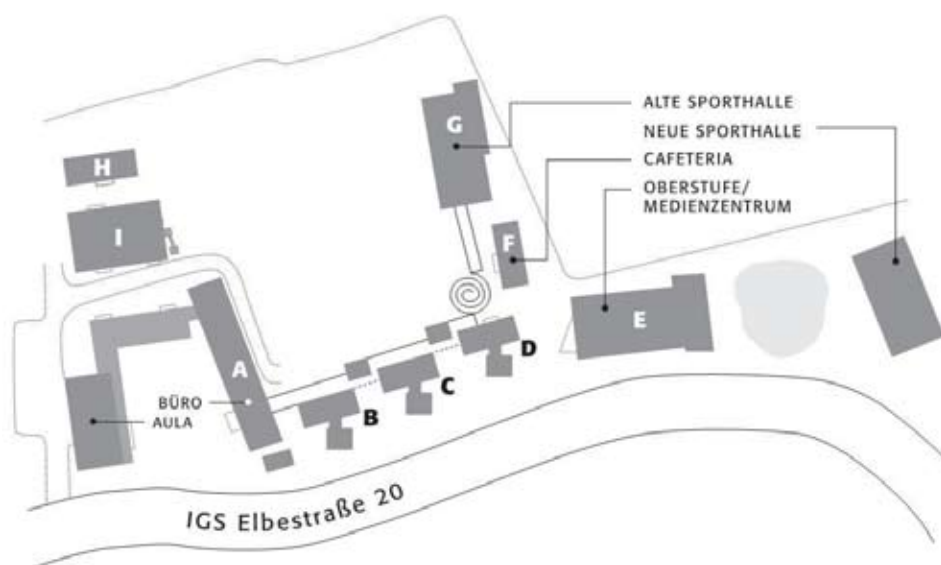
## Leitideen

„Die Integrierte Gesamtschule Flensburg (IGS Flensburg) ist eine Schule für alle Kinder und Jugendlichen. Sie will die sozialen Beziehungen unter den Schülerinnen und Schülern fördern und zum Abbau bestehender Gegensätze und Vorurteile beitragen. Die sich wandelnde Industriegesellschaft und die fortschreitende Zerstörung unserer natürlichen Umwelt bedingen neue Herausforderungen für Schule, z. B. Ausprägung der Teamfähigkeit, Erwerb sozialer Kompetenz, Erlernen von Methodenwissen, Schärfung der Wahrnehmung im Umgang mit den natürlichen Ressourcen, konsequente Müllvermeidung und gesundheitsbewusste Ernährung. Die IGS Flensburg will sich diesen Herausforderungen bewusst und offen stellen.

Die Schülerinnen und Schüler sollen befähigt werden, unterschiedliche Lebenssituationen zu bewältigen, Probleme zu erkennen und an deren Lösung mitzuarbeiten. Die IGS Flensburg ermöglicht den Schülerinnen und Schülern ein friedliches und demokratisches Zusammenleben. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist ein wichtiges Erziehungsziel unserer Schule. ...“ (aus dem Schulprogramm, Abschnitt Allgemeine Erziehungsziele)

## Bausteine

**Alle Abschlüsse:** An der IGS Flensburg können alle Abschlüsse des allgemeinbildenden Schulwesens erworben werden:



Lageplan der Fridtjof-Nansen-Schule – IGS Flensburg

der Hauptschulabschluss, der Realschulabschluss, die Fachhochschulreife, das Abitur. Kleinere, möglichst selbstständige Einheiten; Teamstruktur: Die Schule ist in Jahrgänge gegliedert, die aus vier Klassen bestehen. Jeder Jahrgang der Sekundarstufe I hat seine Klassenräume in unmittelbar benachbarten Räumen und verfügt über je einen Raum für das zugeordnete Pädagog/innenteam. Die Pädagog/innen des Teams treffen sich regelmäßig, um sich pädagogisch, fachlich und organisatorisch abzusprechen. Ein/e Jahrgangssprecher/ in vertritt das Team nach außen.

**Klassenlehrer:** Jeder Klasse sind (möglichst) zwei Klassenlehrer/innen (in der Regel eine Frau und ein Mann) zugeordnet. Über ihre Funktion als Ansprechpartner/in und Berater/in für Schüler/innen und Eltern der Klasse hinaus übernehmen sie gemeinsam den Klassenrat und das Fach Projektorientiertes Lernen (POL) in ihrer Klasse. Die Klassenlehrer/innen begleiten eine Klasse von Jahrgang 5 bis 10.

**Teamorientierter Lehrereinsatz:** Über Klassenrat und POL hinaus übernehmen die Klassenlehrer/innen in ihrer Klasse möglichst viel Fachunterricht. Die dann noch nicht abgedeckten Stunden werden vorzugsweise an andere Pädagog/innen des Teams vergeben.

**Schulinternes Curriculum, Jahresstoffpläne:** Die Jahrgangsteams stellen die Jahresstoffpläne auf. Hierzu geben die Fachteams für alle Jahrgänge die Unterrichtsthemen ihrer Fächer jahrgangsweise in Umfang und Möglichkeiten der Reihenfolge an. Das Jahrgangsteam stellt diese Fachübersichten für seinen Jahrgang zusammen und legt die endgültige Themenreihenfolge fest. Dabei werden inhaltliche Bezüge der verschiedenen Fächer zueinander berücksichtigt, sowie Themen für Vorhaben, für fachbezogene Projekte, für fächerverbindende bzw. fächerübergreifende Unterrichtseinheiten oder für die verbindlich festgelegten „Gemeinsamen exemplarischen Gegenstände (GeG)“ in der Oberstufe festgelegt. Mittlerweile sind für ca. 50 % des Fachunterrichts in der Sekundarstufe I Lerneinheiten entwickelt worden,

die selbstständiges und projektorientiertes Vorgehen unterstützen.

Lernen in Zusammenhängen, fächerübergreifender Unterricht: Die Fridtjof-Nansen-Schule hat fachübergreifende Lernbereiche definiert: Weltkunde (Geographie, Geschichte, Sozialkunde oder Gesellschaftslehre) und Naturwissenschaften (Biologie, Chemie und Physik). Beide Fächer sind durchgängig in allen Jahrgängen der Sekundarstufe I.

**Projektorientiertes Lernen; selbstständiges Lernen:** Hierfür werden an der Schule folgende Strukturen genutzt:

Jahresstoffpläne und fächerübergreifender Unterricht

- eigenständiges Fach „Projektorientiertes Lernen – Lernen lernen“ (POL-LL)
- drei Vorhaben-Wochen pro Jahr
- Theaterprojekt im 8. Jahrgang
- Wahlpflichtfach II in den Klassen 9 und 10
- Themenarbeiten in Klassenstufe 10

**In der Oberstufe:** Besondere Lernleistungen und fächerverbindende Unterrichtseinheiten als „gemeinsame exemplarische Gegenstände“ (GeG) in der Oberstufe.

Fach Projektorientiertes Lernen – Lernen lernen (POL-LL): Das Fach wird in allen Jahrgängen der Sekundarstufe I mit zwei Wochenstunden unterrichtet. Hierfür wurde der Unterricht anderer Fächer entsprechend gekürzt. Nach dem von der Schule erarbeiteten Lehrplan werden von Jahr zu Jahr anspruchsvollere und komplexere Fähigkeiten aus den Bereichen Fächerübergreifende Themen / Projekte, Methodentraining, Kommunikationstraining, Teamentwicklung sowie Beobachtung und Reflexion erarbeitet und trainiert. Eine Bewertung des Faches POL-LL findet in verbaler Form auf dem Zeugnis statt.

Das Projektorientierte Lernen findet seine Fortsetzung auch in der Oberstufe im Rahmen des Seminars und der Festlegung „Gemeinsamer exemplarischer Gegenstände“ (GeG), der Langzeit- und Realprojekte, der besonderen Lernleistung. Mit der Veränderung der Richtlinien für die Oberstufe sind die Gestaltungsmöglichkeiten leider eingeschränkt worden.

**Differenzierung:** Die äußere Fachleistungsdifferenzierung wurde ursprünglich im an vielen Gesamtschulen üblichen Umfang durchgeführt (MA ab 7, EN ab 7, DE ab



Fridtjof-Nansen-Schule – IGS Flensburg

8, NW ab 9). Mit dem Schuljahr 2010/11 wird die äußere Differenzierung in folgendem Umfang durchgeführt: MA in 7/8, EN in 7 bis 9, DE in 7–10.

**Leistungsbeurteilung:** Ergänzend zum Zeugnis erhalten Schüler/innen der Jahrgänge 5 bis 7 zu jedem Halbjahr einen „Allgemeinen Lernbericht“. Eltern und Schüler/innen werden ausführlich verbal über das Lern- und Sozialverhalten und insbesondere über den persönlichen Lernzuwachs informiert. Der Lernbericht enthält Aussagen über die Erfüllung von besonderen Lernaufgaben im Fach POL-LL oder bei den Vorhaben, über das Erreichen von Verhaltensänderungen, über besondere Stärken und Schwächen sowie über das Verhalten in Gruppe und Klasse und gibt Hinweise zu verändertem Lernverhalten. Ab Klasse 8 erhalten die Schüler/innen reine Ziffernzeugnisse mit einer Prognose über den erreichbaren Schulabschluss auf der Grundlage des aktuellen Leistungsbildes. Der Beurteilung der Leistungen bei den Klassenarbeiten wird eine 8-stufige Notenskala („Übertragungsskala“) zu Grunde gelegt. Für die Zeugnisse ab Klassenstufe 8 findet eine Umrechnung in schulformbezogene Zeugnisnoten statt. Die Rückmeldung über die erbrachten Leistungen in der Oberstufe entspricht den allgemeinen Regelungen für Gymnasien.

**Schuljahreswiederholungen:** Es gibt es kein formales „Sitzenbleiben“. Alle Schüler/innen steigen zum Ende eines Schuljahres automatisch auf. Insbesondere für leistungsschwächere Schüler/innen findet ein Coaching statt; in den höheren Jahrgängen werden besondere Trainingskurse für Schulabgänger/innen angeboten. Wiederholungen einer Klassenstufe waren möglich, um den nächsthöheren Bildungsabschluss zu erreichen, sind nun aber grundsätzlich ausgeschlossen.

**Tages-, Wochenstruktur:** Der Ganzttag umfasst die Zeit von 7.45 Uhr bis 15.15 Uhr. Zwei Nachmittage (Dienstag und Freitag) sind frei. In jeder Woche findet ein Klassenrat statt. Eine Schulklingel gibt es nicht. Rhythmisierung, Mittagsband (Mittagsfreizeit): Während der Anwesenheitszeit der

Schüler/innen in der Schule wechseln sich Phasen der Anspannung und Entspannung, Unterricht, projektorientierte selbstständige Lern-Phasen und Freizeit ab. Der Entspannung dienen im Wesentlichen die 25-minütige Frühstückspause und das Mittagsband, das 100 Minuten dauert. Außer dem Mittagessen haben im Mittagsband Aktivitäten Platz, die die verschiedenen Teile der Schule zusammenführen (jahrgangsübergreifende Arbeitsgemeinschaften; Aktivitäten der Schüler/innenvertretung, ...), individuelle Beschäftigung und Erholung. Das Mittagsband ist (bis auf das Essen) frei von Pflichtveranstaltungen.

**Mittagessen:** An vier Tagen (einschl. Dienstag) der Woche gibt es Mittagessen, das für die Jahrgänge 5 und 6 verpflichtend ist. Es werden angeboten: Essen „normal“, vegetarisch und ein Salatbuffet.

**Arbeitsgemeinschaften:** Im Mittagsband werden von Montag bis Donnerstag ca. 80 Arbeitsgemeinschaften angeboten. Bis einschl. Jahrgang 8 ist die Teilnahme an mindestens einer Arbeitsgemeinschaft obligatorisch. Themen sind künstlerische und sportliche Betätigungen, Computer, Sprachen, Aufgabenbetreuung und Lernhilfen. Die AG-Leiter sind Lehrkräfte, Eltern, Student/innen, Vereinstrainer/innen, Musiklehrer/innen, Schüler/innen ab Jahrgang 9 und andere. Für die Schüler/innen ab Klasse 8 wird eine 30-stündige Ausbildung als AG-Leiter/innen an zwei Wochenenden angeboten. Die AG-Leiter/innen werden nach einer Honorarstaffel bezahlt, die sich nach der Qualifikation richtet. Die Schule hat auf die Besetzung einer Sozialpädagog/innenstelle verzichtet und finanziert so die Arbeitsgemeinschaften.

**Wahlpflichtbereich:** Ab Jahrgang 7 gibt es den Wahlpflichtbereich, in dem die Schüler/innen zwischen den Angeboten Technik, Wirtschaftslehre, Dänisch oder Französisch wählen können. Der Wahlpflichtbereich II in den Jahrgängen 9 und 10 wird als meist einjährig zu wählender Wahlbereich organisiert. In jedem Schuljahr werden bis zu sechs Angebote aus einem größeren Repertoire realisiert (z. B. Sport und Gesundheit /

Fitness, Powerfood, Latein, Mode und Design, Theater, Rockmusik, Musik am PC, Spezialthemen aus der Informatik, Filme / Kurzfilme / Schneidetechniken, Textilwerkstatt, Hauswirtschaft, Kochen). Die Arbeitsform der meisten Angebote ist projektorientiert, aber auch lehrgangsbezogener Unterricht (Fremdsprachen).

**Jahresstruktur:** Einen festen Platz im Schuljahresablauf haben die Einschulungs-, Weihnachts- und Abschlussfeiern. Für die Einschulungsfeier ist der 5. Jahrgang zuständig, für die Weihnachtsfeier der Jahrgang 6. Dreimal im Jahr wird die Unterrichtsarbeit unterbrochen durch jeweils eine Vorhabenwoche.

**Vorhabenwochen:** Die drei Vorhabenwochen finden nach den Herbstferien statt (ca. 7. Unterrichtswoche), nach dem Halbjahreswechsel (ca. 19 Unterrichtswoche) und während der schriftlichen Prüfungen im Jahrgang 10 (ca. 33. Unterrichtswoche). Alle außerschulischen Aktivitäten finden im Zeitraum dieser Vorhaben statt (Fahrten, Praktika, ...). Die Ergebnisse werden am letzten Tag der Vorhabenwoche präsentiert. Daneben ist in den oberen Klassen ein Produkt abzuliefern. Eine Bewertung erfolgt für die Präsentation durch eine Lehrkräfte-Schüler/innen-Jury, für das Produkt durch die Lehrkraft und wird beim Fach POL-LL berücksichtigt. Die Vorhaben werden nach einem verabredeten Verfahren dokumentiert. Die Vorhabenwochen finden in modifizierter Weise auch in der Oberstufe statt.

**Theaterprojekt (im Jahrgang 8):** In der 8. Jahrgangsstufe wird als Großprojekt eine Inszenierung vorbereitet, an der alle Schüler/innen und deren Lehrkräfte beteiligt sind. Hierfür werden die für Musik und Textiles Werken vorgesehenen Stunden genutzt. Die Jugendlichen können wählen, ob sie als Schauspieler, Kostümbildner, Tänzer, Musiker, Marketingfachkräfte, Tontechniker und Beleuchter oder Kulissenbauer an der Produktion mitwirken. Fortgesetzt wird diese Arbeit im Jahrgang 9 und 10 in Projekten im Wahlpflichtbereich II und in der Oberstufe im Fach Darstellendes Spiel.



**Themenarbeiten (in Jahrgang 10):** Als Bestandteil des Faches POL-LL fertigen die Schüler/innen im Jahrgang 10 Facharbeiten als umfangreichere, schriftliche Ausarbeitungen oder dokumentierte Forschungsprojekte an. Dazu gehört die systematische Anleitung zum Abfassen einer derartigen Arbeit, die sich an Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens orientiert.

**Berufsorientierung, Praktika:** Die Berufsorientierung wird in Projekten, Werkstattwochen und Praktika in den Jahrgängen 7, 8, 9 und 12 thematisiert in enger Kooperation mit den Eltern, der Berufsberatung, Wirtschaftsverbänden und Betrieben vor Ort. Im Jahrgang 8 ist ein großer Teil des Unterrichts in POL-LL diesem Themenkreis gewidmet.

**Profiloberstufe:** Entsprechend den in Schleswig-Holstein gültigen Regelungen bietet die Fridtjof-Nansen-Schule drei Profile an (Profilgebendes Fach: PG, Profilergänzendes Fach: PE):

**Gesellschaftswissenschaftliches Profil:** PG Geografie, PE Seminar, Religion / Philosophie (Jg. 11.1), Biologie (Jg. 11.1), ein musisches Fach (Jg. 11.2), Geschichte (Jg. 11.2)  
**Naturwissenschaftliches Profil:** PG: Biologie, PE Seminar, Religion/Philosophie (Jg. 11), Chemie (Jg. 11)

**Sprachliches Profil:** PG Englisch, PE: Seminar, Biologie (Jg. 11), Geografie (Jg. 11)  
 Seminar: Die in Schleswig-Holstein vorgesehenen „Verstärkungsstunden“ werden für das „Seminar“ verwendet. Es dient der Stärkung des Profils, indem fächerübergreifende und fächerverbindende Themen projektartig bearbeitet werden sowie Anregungen und Beratung für die besondere Lernleistung erfolgen.

**Langzeit- / Realprojekte:** Die Vorhaben im 12. Jahrgang sind „Langzeit- oder Realprojekte“. Die Schüler/innen suchen sich Untersuchungsaufträge außerhalb der Schule; Auftraggeber kommen dabei aus der regionalen Wirtschaft oder der Stadtverwaltung oder es finden sich Projektthemen im Rahmen von Schulwettbewerben. An diesen Langzeitprojekten arbeiten die Schüler/

innen während des gesamten Schuljahres. Zwischenpräsentationen vermitteln einen Überblick über den Stand der Arbeit. Die Schlusspräsentationen finden in der Schule oder vor den Auftraggebern statt.

**Gemeinsamer exemplarischer Gegenstand (GeG):** Über die Vorhaben hinaus werden in jedem Jahrgang zwei bis drei GeGs festgelegt. Die Themen für einen GeG werden so gewählt, dass möglichst viele Fächer einen Beitrag liefern können. Die Bearbeitung eines GeG wird mit einer Präsentation abgeschlossen. Beispiele für GeGs: Neue Arbeitswelt, Reisebilder – Bilderreisen, „Und der Mensch heißt Mensch“, Die Moderne – das Moderne, Medien und Werbung, Konflikte als Chance.

**Elternmitarbeit:** Eltern sind in unterschiedlichster Form an der schulischen Arbeit beteiligt: Mitarbeit im Rahmen der Mittagsfreizeit / des Ganztagsbetriebes (Cafeteria, Bücherei, ...); Leitung einer Arbeitsgemeinschaft; Hilfe bei der Durchführung von Vorhaben, Ausflügen und Festen; Teilnahme an Elternseminaren und überregionalen Arbeitskreisen; Planung und Durchführung von schulöffentlichen Veranstaltungen.

**Kommunikation / Schulentwicklung / Gremien:** Die einzelnen Jahrgänge haben ein hohes Maß an Selbstständigkeit in pädagogischen Fragen. Die Arbeit der Jahrgangsteams wird durch die wöchentlichen Arbeitssitzungen mit der Schulleitung koordiniert. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Beratungs- und Entscheidungsgremien, über die auch Eltern und Schüler/innen in die Entscheidungsprozesse zur Gestaltung der Schule eingebunden sind.

## Kommentar

Die Fridtjof-Nansen-Schule hat in den bisher 18 Jahren ihres Bestehens vier Bereiche ihrer Arbeit in besonderer Weise systematisch entwickelt; sie ergänzen und stützen sich gegenseitig:

Die Jahresstoffpläne (Jahresarbeitspläne), die einerseits der Vergewisserung nach innen und außen dienen und die Umsetzung der inhaltlichen Vorgaben für die Unterrichts-

und Lernarbeit transparent machen, die andererseits den Rahmen abstecken für die Realisierung des projektorientierten / selbstständigen Lernens sowie der Berufsorientierung und außerdem Ideen hierfür liefern.

Das projektorientierte Lernen, für das eine Vielzahl von Realisierungsbausteinen konstruiert wurde und das der pädagogischen Arbeit der Schule einen roten Faden gibt. Der Erfolg dieser Arbeit lässt das Kollegium daran auch festhalten, selbst wenn es durch Regelungen von außen, wie bei der Umgestaltung der Oberstufe, erheblich erschwert wird.

Die Berufsorientierung, die ab Jahrgang 7 ein inhaltlich immer wiederkehrendes Thema mit unterschiedlichsten Lernformen („normaler“ Unterricht, Werkstattwochen, Praktika, Veranstaltungen zur Studienorientierung) ist.

Das Mittagsband, das einerseits den Schüler/innen Gelegenheit zu Entspannung und zu angeleiteter und selbstbestimmter Beschäftigung, andererseits Älteren Gelegenheit zur Mitgestaltung und Verantwortungsübernahme gibt und so insgesamt zu einer positiven Identifikation der Schüler/innen mit ihrer Schule beiträgt.

Von den Kolleg/innen der Schule wird die vielfältige Begegnung zwischen Lehrer/innen und Schüler/innen aber auch der Schüler/innen untereinander als Umgang „auf gleicher Augenhöhe“ positiv erlebt und hervorgehoben. Durch ihre Arbeit hat sich die Fridtjof-Nansen-Schule einen festen und anerkannten Platz im Gefüge der Flensburger Schulen (einschließlich des Umlandes) erworben, was sich auch in den Anmeldezahlen für den Jahrgang 5 (ca. 300 für etwa 100 Schülerplätze) zeigt. Ebenso ist in den Jahren des Bestehens der Schule die Oberstufe stetig gewachsen.

## Quellen

Jochen Arlt ist Schulleiter und Renate Buschmann ist Stufenleiterin 5/6 in der Fridtjof-Nansen-Schule. Ausführlicher informiert die Website <http://www.igs.flensburg.de/>

Stand: April 2010 ♦



URSULA HELMKE

## GGG – Die zweiten 20

JahreWendzeiten – Überzeugungen – Kurssuche (Teil 1)

Unsere GGG wurde 2009 vierzig Jahre alt. Aus diesem Anlass erschien in der Ausgabe 3/2009 des GGG Journals ein Bericht von Joachim Lohmann über die Jahre, in denen er selbst Bundesvorsitzender war (1974-80), vor ihm Carl-Heinz Evers (1972-74), danach Otto Herz (1980-82) und Christa Lohmann (1982-88).

Dass historische Zeitabschnitte, auch private, sich selektiv in unserem Gedächtnis ablagern – diese Erfahrung kennen wir alle. Da ist es gut und nützlich, wenn Dokumente zur Verfügung stehen, die den Lauf der Geschichte festhalten, auch wenn manches dabei aus der subjektiven Gewichtung im größeren Kontext relativiert werden mag.

Die zu betrachtenden zweiten 20 Jahre stehen unserem Gedächtnis zeitlich näher als die Zusammenschau der Jahre 1969 bis 1988, sollen aber gleichwohl in vergleichbarem Ausmaß zusammengefasst werden. Dies erfolgt in zwei Abschnitten, der erste in dieser, der zweite in Ausgabe 3/2010 des GGG-Journals. Die seinerzeit nacheinander amtierenden Vorsitzenden Anne Ratzki (AR), Dieter Weiland (DW) und Ingrid Wenzler (IW) stellten dafür ihre individuellen Erinnerungen zur Verfügung, die im nachfolgenden Bericht nach bestem eigenem Wissen und Vermögen zusammengefasst werden, da die Gesamtheit der Originalbeiträge den redaktionellen Rahmen um ein Vielfaches überschritten hätte.

### Deutsche Gesamtschul-Entwicklung in politischen Wendzeiten

Insgesamt ist die zu betrachtende Zeitspanne von 1988 bis 2008 durch außergewöhnliche politische wie auch spezifisch bildungspoli-

tische Ereignisse geprägt, die sowohl inhaltliche wie strategische Herausforderungen darstellten. Den drei Vorsitzenden muss uneingeschränkt bescheinigt werden, dass sie individuell und im Rahmen ihres jeweils kollegial agierenden Gesamtvorstands – und im weiteren Wirkungsradius mit den Landesvorständen im Hauptausschuss – die erforderliche politische Aktivität entfaltet und im Interesse der gesamtschulischen Entwicklung die notwendigen und möglichen Weichenstellungen eingeleitet haben. Sie und ihre Vorstandsmitglieder wurden von zahlreichen Vertrauensbeweisen und entsprechenden Voten bei den Wahlen und Wiederwahlen getragen

### Aufregende Umbrüche in zwei deutschen Ländern

Anne Ratzki amtierte als Vorsitzende von 1988 bis 1993; Stellvertreter war bis 1990 Horst von Hassel, dann übernahmen Ursula Dörger und Klaus Winkel. Anne Ratzki gliedert ihren Bericht nachvollziehbar in zwei deutlich unterschiedene Teile. Der eine betrifft die „Herausforderungen durch ein neues, ein unbekanntes Land“, der andere trägt die Bezeichnung „im Rahmen bisheriger Vorstandsarbeit“, in dem sich die bildungspolitische Arbeit u. a. in zahlreichen intensiven Gesprächskontakten mit politisch und verbandspolitisch einflussreichen Partnern realisierte (z. B. SPD, FDP, GRÜNE, CDU, GEW, VBE, AfB, DGB, Beamtenbund) und bekannte Personen wie H. Schwier, D. Breitenbach, E. Rühmkorf, R. Raab, R. Wernstedt u. a. umfasste. Natürlich stand im thematischen Vordergrund stets die von der GGG gewünschte und geforderte Ausweitung der schulstrukturellen Umwandlung zur „Einen Schule für alle



Anne Ratzki (1993)

Kinder“ sowie die pädagogisch und strukturell geforderte Aufhebung des Zwangs zur äußeren Differenzierung in der Integrierten Gesamtschule.

Im Westen war die politische und bildungspolitische Situation in den Jahren 1988/89 zunächst geprägt von wachsender Unzufriedenheit mit der Regierung Kohl / Genscher, in den Ländern hatte die SPD an Boden gewonnen und eine Gründungswelle von Gesamtschulen nach sich gezogen. Beides hatte dazu geführt, dass häufig Vorstandsmitglieder der GGG-Landesverbände in die Ministerien und Landesinstitute einzogen und von dort die bestehenden Gesamtschulen und weitere Neugründungen unterstützen konnten. Doch parteipolitisch nahm die SPD sukzessive das Ziel der Gesamtschule als ersetzende Schule zurück. Leistungsvorhalte und politische Rücksichtnahme auf das bürgerliche Wählerpotenzial und seine Präferenz von Gymnasien verzögerten die Ausbreitung von Gesamtschulen; in manchen Ländern und Gemeinden zog sich die Schulpolitik auf expliziten Elternwillen zurück. Der verlässlichste Bündnispartner der GGG blieb weiterhin der DGB, während die GEW sich schwer tat, ihre Position zwischen der Unterstützung von Gesamtschu-

len und ihrer eigenen Struktur entsprechend dem gegliederten System und seines Personals zu definieren (nach AR). Der GGG-BV unterstützte mittlerweile gezielt auch die ‚Kleine Gesamtschule‘ (s. Rödingerhauser Erklärung), um z. B. weitere Gründungen in ländlichen Gemeinden zu fördern, hin und wieder sogar mit Unterstützung der örtlichen CDU.

„Bundesarbeitsgruppen nahmen eine rege Tätigkeit auf, von ihnen wurden Workshops auf den Kongressen und Veröffentlichungen in der blauen Reihe vorbereitet. Ausländische Schülerinnen und Schüler – Deutsche Gesamtschulen; Lehrerfortbildung für die Gesamtschule und Integration von behinderten und nicht behinderten Kindern in der Gesamtschule erschienen. Außer diesen Veröffentlichungen setzte die GGG nun stärker auf Fachtagungen – deutlich vorangebracht von Renate Müller-Daweke: Integrative Pädagogik, Integration von Behinderten und Integration in der Sekundarstufe I. In dieser Zeit begann auch das von Ursula Dörger initiierte und koordinierte Projekt Lehrerkoope-ration, das in mehreren Bundesländern und kurz darauf auch in den neuen Ländern die Teamentwicklung an Gesamtschulen förderte. GGG und GEW arbeiteten dabei eng zusammen.“ (AR)

Der Bundeskongress in Marburg 1989 fasste Beschlüsse zur Integration von Behinderten in die Gesamtschule und zur antirassistischen Erziehung. „Die innere Schulreform gewann an Gewicht“ (AR).

## Die GGG und die Wende

Die Einleitung des Berichts von Anne Ratzki beginnt allerdings mit: „Als ich 1988 zur Vorsitzenden gewählt wurde, konnte niemand von uns ahnen, welche dramatischen Jahre vor uns lagen: Der Fall der Mauer, die Wiedervereinigung ... Für die GGG bedeutete das: Die Information über Gesamtschulen, die Unterstützung von Initiativen und Runden Tischen zur Umwandlung der Polytechnischen Oberschulen in Gesamtschulen, die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern und die Entwicklung ostdeutscher Landesverbände wurden 1990–93 Schwer-

punkte unserer Arbeit im Bundesvorstand. Wir durchlebten die Phasen des Aufbruchs und der Hoffnung, dass die Gesamtschulentwicklung gesamtdeutsch einen großen Schritt vorwärts käme, und der (späteren) Enttäuschung, dass durch westdeutsche politische Entscheidungen das gegliederte System nur wenig verändert auf den Osten übertragen wurde. Die Gesamtschulen fristeten – bis auf Brandenburg – bestenfalls ein Nischen-Dasein, und ihre Befürworter sahen sich zunehmend politischen Repressalien ausgesetzt.“

Dennoch fanden durch Patenschaften westdeutscher für ostdeutsche GGG-Landesverbände und Schulpartnerschaften West / Ost zahlreiche fruchtbare Begegnungen statt. Es war jedoch ebenfalls spürbar, dass in der DDR „ausgebremste“ bürgerliche Kreise auf ein differenziertes Schulsystem hofften, unterstützt von Lehrkräften, die auch gern eine ausgelesene Schülerschaft unterrichten wollten. Diese Gruppen begrüßten die werbenden Vorstöße des Philologenverbands und fanden ein Echo in entsprechenden Wahlprogrammen.

Der Kongress 1990 in Kiel erscheint im Rückblick bereits leicht getrübt: Einerseits wurde er ein großes Treffen der Gesamtschulfreunde aus Ost und West voller Aufbruchstimmung, und ein Antrag auf Neufassung der KMK-Vereinbarung von 1982 wurde vorbereitet – vor allem ging es um die größere Freiheit der einzelnen Schule in Fragen der Fachleistungsdifferenzierung –, der mit der Bitte um Unterstützung an alle Ministerien gesandt wurde, „auf den jedoch alle Kultusminister der SPD-West „mit bestenfalls guten Worten“ reagierten (AR).

Beim Bundeskongress 1991 in Hannover hielt der neue Kultusminister von Niedersachsen, R. Wernstedt, das Hauptreferat. „Ermutigt durch den Regierungswechsel in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz und die enorme Zunahme von Gesamtschulen im vergangenen Jahr – deutschlandweit hatte sich die Zahl der Gesamtschulen fast verdoppelt – formulierte er die These, dass sich in allen Ländern die

Gesamtschule zur beherrschenden Schulform neben dem Gymnasium entwickeln werde, weil Eltern in der Demokratie bestmögliche Schulabschlüsse für ihre Kinder anstrebten“ (AR). Das bedeutete bereits die Zweigliedrigkeit als Perspektive, die K. Hurrelmann schon 1988 als Strategie vorgeschlagen hatte. Immerhin wurden vier neue Landesverbände aus Ostdeutschland in die GGG aufgenommen; die bildungspolitischen Foren diskutierten die Perspektiven der Schulentwicklung in Europa und in den neuen Ländern, die multikulturelle Erziehung in der Schule und die Autonomie von Schule. Aber: Aus einigen Ostländern wurde von Widerstand gegen die Gesamtschule und ihre Befürworter berichtet.

Der Kongress 1992 „Gesamtschulen lernen voneinander“ thematisierte vor allem die Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Schulen in Ost und West sowie die Optionen der gegenseitigen Weiterentwicklung. Mit Bedauern wurde zur Kenntnis genommen, „dass der Blick wieder mehr auf die äußere und innere Entwicklung von Gesamtschulen im Westen gerichtet sei, da Gesamtschulgründungen im Osten inzwischen stark erschwert waren und auch die Entwicklung in Brandenburg deutlich machte, dass Gesamtschule als Teil eines dreigliedrigen Systems (dort Realschule, Gymnasium, Gesamtschule) einen prekären Stand haben würde“ (AR).

## Die Bilanz der „Wende“

Am Ende ihrer Amtszeit 1993 titulierte Anne Ratzki die drei Jahre Schulpolitik in den Ost-Ländern, die so hoffnungsvoll begonnen hatten, bedauernd als „Rückwende“ und schreibt: „Schon bald nach der Volkskammerwahl am 18.03.1990 und verstärkt nach den Landtagswahlen im Oktober 1990 veränderte sich das bildungspolitische Klima in den neuen Ländern. Die westdeutschen Parteizentralen übertrugen den bildungspolitischen Streit in voller Schärfe auf die neuen Länder. Es ging nicht mehr um die innere Erneuerung der Schulen, sondern in vier der fünf Länder um die konsequente Durchsetzung des gegliederten Schulsystems. Als Instrumente zur Beendi-

gung bildungspolitischer Eigenständigkeit und unkonventioneller Schulexperimente wurden die neuen, von westlichen Regierungen vorgegebenen oder beeinflussten Schulgesetze eingeführt.“ Sie schließt mit Bitterkeit:

„Wir trauten denen, die sich aus eigener Kraft befreit hatten, nicht die Mitgestaltung unserer gemeinsamen Zukunft im Bildungsbereich zu, sondern übertrugen ein ständisches, veraltetes und wenig leistungsfähiges Schulsystem durch politische Landnahme auf den Osten, ohne einer wirklichen Erneuerung des Bildungswesens eine Chance zu geben.“



Dieter Weiland (1995)

## Politische Innenschau

Mit Dieter Weiland wurde von 1993 bis 1999 ein vehementer Vertreter der konsequent integrierenden Gesamtschule Vorsitzender der GGG, der unsere schulpolitische Überzeugung immer wieder engagiert mit sozial-politischen Thesen verband, worin ihm die beiden Stellvertreterinnen Ursula Dörger und Ursula Helmke gern folgten. Sein Bericht beginnt mit einer kritischen Bestandsaufnahme der weithin verbreiteten Praxis in den „real-existierenden“ Gesamtschulen, womit er die Funktion der

„Leverkusener Beschlüsse“ als „visionäre Ausrichtung“ widerlegen möchte, als die sie von J. Lohmann neben der pragmatisch-praktischen Arbeit bezeichnet worden sind (s. Journal 3/2009).

Er schreibt u. a.: „Als die Bundesländer 1982 die Beschlüsse zur gegenseitigen Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse fassten, schrieben sie allen Gesamtschulen die Niveau-Kurs-Differenzierung in den entscheidenden Fächern vor. Dass dies den Schulen als Korsett aufgezwungen wurde, welches die Entwicklung einer gesamtschulspezifischen Pädagogik behinderte, ist nur ein Teil der Wahrheit. Für die allermeisten Schulen beschrieben die Vorgaben lediglich ihre Praxis und ihre Realität. Es gab 1982 nur eine Handvoll Schulen, die zu diesem Zeitpunkt überzeugende alternative Strukturmodelle entwickelt hatten, und diese wurden ja dann auch auf einer „Ausnahmeliste“ anerkannt. (...) Erst sehr, sehr spät begann die Erkenntnis zu dämmern, dass man sich mit der dauerhaften Sortierung der Schüler/innen nach Lernleistung in Kursen oder Zweigen den Kern des gegliederten Schulwesens als trojanisches Pferd in die eigenen Schulen geholt hatte.“ Und weiter: „Dass Differenzierung möglicherweise keine Sache des Sortierens von Schülergruppen sei, sondern im Kern die Sache einer differenzierten Einstellung zu Schüler/innen und ihren Lernprozessen, das war eine verdammt späte Erkenntnis in Gesamtschulen und in der GGG“ (DW).

## Vision und /oder real-existierende Schulen

Ob diese Wahrnehmung von Dieter Weiland zutreffender ist als die Darstellung von J. Lohmann oder aber sie ergänzt, sei dahin gestellt. Deutlich wird auf jeden Fall: Hier übernahm jemand den Vorsitz im Verband, der als Mitbegründer einer der Schulen auf der „Ausnahmeliste“ eine konkrete Vorstellung und gehörigen Impetus mitbrachte, an der inhaltlichen Weiterentwicklung der Gesamtschulen zu arbeiten. Das Team-Kleingruppen-Modell (TKM), das die später so

genannten „Gesamtschulen der zweiten Generation“ verwirklichten, war ein überzeugender Entwurf des gelingenden sozialen Lernens im Miteinander der Verschiedenen. Aber die Differenzierungsaufgaben der Kultusministerkonferenz (KMK), die 1982 die Bedingungen für die Anerkennung der GS-Schulabschlüsse waren, bildeten bis fast in die Gegenwart schwer zu überwindende Hürden.

Die drei Bundeskongresse dieser Vorstandsperiode waren dezidiert gesellschaftspolitisch akzentuiert, wobei natürlich die pädagogisch-didaktische Umsetzung der Theorie in den Arbeitsgruppen und Lernwerkstätten thematisiert und angeleitet wurde. Sie wurden außerordentlich kompetent von Christoph Heuser vorbereitet und begleitet, „dessen früher Tod (einige Jahre später) ein schlimmer Verlust für uns alle war“ (DW).

Beim Kongress 1995 in Rödinghausen wurde für das Grundsatzreferat Annedore Prengel gewonnen, deren 2 Jahre zuvor erschienenes Buch „Pädagogik der Vielfalt“ die Idee der Gleichwertigkeit der in aller Unterschiedlichkeit gemeinsam lebenden und von einander lernenden Kinder und Heranwachsenden überzeugend entfaltet. In 21 anschließenden Lernwerkstätten wurden die KongressteilnehmerInnen in praktische Beispiele der Umsetzung in den Grund- und Sek. I-Schulen eingeführt oder vermittelten ihre eigenen Wege.

1997 in Wörrstadt lautete das Kongressmotto Gesamtschulen fordern heraus, und es war gleichermaßen nach innen, auf die Konzepte der Gesamtschulen, wie nach außen, auf die „Verortung der pädagogischen Arbeit der Gesamtschulen und der GGG in sozialpolitische und historische Zusammenhänge“ gerichtet. Dieter Weiland schreibt dazu weiter: „Schon anlässlich einer Großdemonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen den Abbau des Sozialstaates und für Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Juni 1996 hatte sich die GGG in einer Grußadresse mit den Forderungen des DGB solidarisch erklärt und insbesondere auf den Zusammenhang



zwischen einer Politik der Entsolidarisierung und Spaltung der Gesellschaft und einem zergliederten, selektiven Schul- und Bildungswesen, das diese Spaltung legitimiert und fördert, hingewiesen.“ Die stellvertretende Bundesvorsitzende des DGB, Ursula Engelen-Kefer, wurde für die Grundsatzrede gewonnen. Ihr Thema lautete: „Der Abbau des Sozialstaates führt in eine andere Republik.“

Im weiteren Verlauf wurde die Idee der solidarischen Erziehung von Kindern und Jugendlichen in einen weiten historischen Bogen von der Menschenrechtserklärung der Französischen Revolution bis zum Grundgesetz der Bundesrepublik eingeordnet. Den Abschluss bildete die Proklamation des demokratischen Rechts auf gleiche Bildungschancen für alle, die an die Kultusministerien aller Bundesländer gesandt wurde.

Der Kongress 1999 Gesamtschulen – Traditionen und Widersprüche fand am historischen Ort, der Fritz-Karsen-Schule in Berlin, statt, die ihr 50-jähriges Bestehen feierte und in ihrer Geschichte als älteste Gesamtschule in Deutschland es vermocht hatte, den kurzen schulreformerischen Ansatz der Nachkriegszeit zu tradieren. Der Festredner Günter Grass („Der lernende Lehrer“) und die Tochter von Fritz Karsen waren beeindruckende, der GGG seelenverwandte Gäste.

### Tradition und Kontinuität bzw. Widersprüche

Dieter Weiland schließt unmittelbar an das beglückende Erlebnis der Kontinuität in der Fritz-Karsen-Schule den Hinweis auf die Widersprüche und Brüche in der Gesamtschulentwicklung an: „Der Hauptwiderspruch, den die GGG auszuhalten hatte und hat“, so sein Einwand, „besteht in der schlichten Tatsache, dass alle Reformversuche in Richtung auf eine gemeinsame Schule für alle in Deutschland bisher gescheitert sind (...) überall, wo Gesamtschulen zugelassen wurden, sind sie lediglich ergänzende, nirgendwo ersetzende Schulform.“ In der Auseinandersetzung um die zielführende Strategie zur „einen Schule für alle“

## Joachim Lohmann zum 75sten!



**Joachim Lohmann auf der Didacta 2010 in Köln im Gespräch mit Martina Schmerr (GEW)**

Lieber Joachim,

dein Geburtsdatum ist bekannt und so lässt es sich gar nicht vermeiden, dass dir die GGG zu deinem 75. Geburtstag am 18. Juni sehr herzlich gratuliert.

Deine Arbeit und dein Engagement für die Gemeinsame Schule für alle weisen über die engere Gesamtschulgemeinde hinaus. Als Mitarbeiter im PZ Berlin in den 60ern, als Stadtschulrat in Kiel in den 70ern, als SPD-Politiker in Schleswig-Holstein und nicht zuletzt als Vorsitzender des Landesverbandes und GGG-Bundesvorsitzender (in den Jahren 1974 bis 1980) warst du immer Wegbereiter, Architekt, Baumeister, aber auch Stratege und Taktiker des längeren gemeinsamen Lernens und hast dieses Ziel nie aus den Augen verloren. Du hast aktiv die Gründung einer Reihe von Gesamtschulen vorangetrieben (u. a. in Fröndenberg, Kamen, Kiel) und viele Veröffentlichungen nennen dich als Autor oder Herausgeber.

Wir kennen und schätzen dich als beharrlichen, streitbaren und solidarischen Kämpfer für die Schule ohne Aussonderung. Wir hoffen, dass du dich weiterhin in die aktuelle Diskussion um Ziele und Wege einbringen und einmischen wirst und so die Auseinandersetzung um die der Demokratie angemessene Schule auch künftig bereicherst und mit vorantreibst.

LOTHAR SACK

sieht es DW als unerlässlich an, mehr gemeinsames Lernen zu unterstützen, wo immer es vorgesehen wird, „aber alles dagegen, wenn vor lauter Identifikation mit Zwischenschritten (z. B. mit dem „Zweisäulenmodell“ welcher Art auch immer) die klare Zielsetzung einer gemeinsamen Schule für alle Kinder und Jugendlichen in der Sekundarstufe I aus dem Blick gerät oder auf unabsehbare Zeit auf der Strecke bleibt.“ Diesen Versuchen bisher widerstanden zu haben, ist für Dieter Weiland ein großes Verdienst der GGG, keine strategische Schwäche, wie manche meinen.

Nachzuholen ist der Vermerk über den 25. Geburtstag der GGG, der 1994 mit viel politischer, wissenschaftlicher und journalistischer Prominenz als Zeitzeugen der vergangenen und gegenwärtigen Gesamtschulzeit in Berlin gefeiert wurde. In drei großen, gemischt besetzten Gesprächsrunden wurde kenntnisreich, auch anekdotisch diskutiert. Und als Geschenk zum silbernen Jubiläum wurde die großformatige Wanderausstellung über 12 vorbildliche Gesamtschulen eröffnet.

*Fortsetzung in GGG-Journal 3/2010* ♦



## AUS DEN LÄNDERN

## BADEN-WÜRTTEMBERG

Auch Baden-Württemberg hat jetzt eine neue Kultusministerin. Es scheint, als sei dieses Amt in Deutschland mittlerweile schon so anfällig für den Wechsel wie der Trainerjob in der Bundesliga. Entweder wird der Wechsel reichlich vor den nächsten Wahlen vollzogen, wie in BW, oder aber gleich mit der Regierungsneubildung nach den Wahlen. Die Verunsicherung hat ihre Ursache in den zunehmend heftigen, meist negativen Reaktionen der Menschen auf die Bildungspolitik der Bundesländer. Die Angst der Regierenden vor der Auseinandersetzung (oder sollten wir – mit Blick auf Hamburg – besser sagen: dem Krieg auf dem Felde der Bildung?) ist mit Händen zu greifen. Der nächste Krieg wird vermutlich nach den Wahlen in NRW ausbrechen. Die Schullandschaft der Republik ist in Bewegung geraten. Es wird spannend und wir bekommen Arbeit.

Ich hatte im letzten Bericht das Gutachten der Uni Konstanz zur Schulentwicklung in BW erwähnt und die wesentlichen Erkenntnisse daraus genannt. Die Gemeinden fangen nun an, auf den darin beschriebenen Rückgang der Schüler/innenzahlen und das veränderte Übergangsverhalten auf die weiterführenden Schulen zu reagieren. Das Angebot der Landesregierung, die Neue Werkrealschule (NWRS) einzuführen und damit den Schüler/innenschwund in der Hauptschule aufzufangen, wird durchaus unterschiedlich aufgenommen.

So hat der Gemeinderat in Ravensburg am Bodensee mit knapper Mehrheit beschlossen, das Angebot überhaupt nicht anzunehmen, sondern gleich für eine Schule für alle zu plädieren.

Andere Gemeinden, wie z. B. Mannheim, überführen alle mindestens zweizügigen Hauptschulen in NWRS und lassen die kleinen Hauptschulen „leerlaufen“, was bedeu-

tet, dass sich dort ab dem Schuljahr 2010/11 keine neuen Schüler/innen mehr anmelden können. Viele kleine Gemeinden auf dem Lande und Stadtbezirke an der Peripherie verlieren auf diese Weise ihrer einzigen Sekundarschulen und protestieren gegen die Schließungen. Dies geschieht in Mannheim allerdings nicht ohne den Beschluss des Gemeinderates, an wenigstens einem Standort eine Schule längeren gemeinsamen Lernens zu versuchen. OB Dr. Kurz im Mannheimer Morgen vom 22.04.09: „Wir brauchen eine zweite Gesamtschule“.

Bisher allerdings wurden solche Schulversuche in BW vom Kultusministerium unter Helmut Rau abgelehnt. Unsere Arbeit und Aufgabe in BW sehen wir im Netzwerk In einer Schule gemeinsam lernen darin, diese Blockadehaltung aufzubrechen.

Wir Baden-Württemberger wünschen unserer neuen Ministerin, Frau Prof. Dr. Marion Schick, dabei ein besseres Gespür für die Anliegen der Eltern und Lehrer/innen als es ihrem Vorgänger beschieden war. Die nächsten Landtagswahlen sind am 27.03.2011.

JÜRGEN LEONHARDT

## BREMEN

**Anmeldezahlen für den 5. Jahrgang des neuen Schuljahrs**

Die Anmeldezahlen für das neue Schuljahr bewegen sich in den kommenden 5. Klassen im selben Rahmen wie im letzten Jahr. Mit dem Umbau des bremischen Schulwesens in 2 Säulen (Oberschule / Gymnasium) war die Befürchtung, dass die Gymnasien für das kommende Schuljahr „überangewählt“ werden könnten. Das Abitur nach 12 Jahren Schulzeit ist aber den Eltern für ihre Kinder nicht so erstrebenswert, als dass der große Run auf die Gymnasien eingesetzt hätte. Unter den Oberschulen gab es große Unterschiede; so sind die Oberschulen mit eigener Oberstufe überproportional angewählt

worden, einige ehemalige Gesamtschulen haben ihre seit Jahren guten Zahlen halten, sogar ausbauen können. Bemerkenswert ist, dass die Neue Oberschule Gröpelingen (im sozialen Brennpunkt liegend), die im kommenden Schuljahr mit neuer Konzeption einen pädagogischen Neuanfang machen will, mit guter Anwahl im Stadtteil akzeptiert wurde.

**GGG und GEW veranstalten  
1. Oberschultag**

Mit der GEW Bremen zusammen haben wir einen Fachtag für die Oberschulen organisiert. Mit Beginn dieses Schuljahrs 2009/10 haben wir einen AK Oberschulen eingerichtet, der die Kolleg/innen auf die neue Unterrichtssituation vorbereiten helfen sollte. Kolleg/innen der ehemaligen Bremer Gesamtschulen haben aus ihrer Unterrichtspraxis wertvolle Beispiele und Tipps gegeben. Dieser Fachtag hat eine neue Ära eingeläutet, denn es waren alle Sek I-Schulen vertreten, die eben zu Oberschulen werden oder geworden sind, an denen 4/5 der Bremer Schüler/innen unterrichtet werden; für das restliche Fünftel ist der Platz an den acht Gymnasien reserviert. Für die Oberschulen bedeutet das eine Vereinheitlichung, da die schulischen Interessen in vielen Bereichen identisch sind. Der Zuspruch für diesen ganztägigen Fachtag war überwältigend: knapp 180 Anmeldungen. Lothar Sack hat den Hauptvortrag mit dem Titel Welche Chancen haben die Oberschulen im 2-Säulen-Modell? gehalten. In zehn AGs mit Themen von Differenzierungsformen über Inklusion bis zur Leistungsrückmeldekultur wurde intensiv gearbeitet. Die Ergebnisse des Oberschultages sind im Netz zu finden: [www.ggg-bremen.de](http://www.ggg-bremen.de) Wir werden die inhaltliche Arbeit der AGs versuchen, zwischen den einzelnen Schulen zu vernetzen, damit die Oberschulen den Weg der integrativen Pädagogik weiter beschreiten können. Mit diesem Fachtag sind wir diesem Ziel ein gehöriges Stück näher gekommen.

KARLHEINZ KOKE

## NIEDERSACHSEN

**Erfolgreiche GGG – Tagung für Mitglieder von Gründungskollegien und Planungsgruppen neuer Gesamtschulen in Niedersachsen**

In Niedersachsen starteten zum Schuljahresbeginn 2009/2010 nach halbjähriger Planungszeit 14 neue Gesamtschulen, zum 01.02.2010 wurden Planungsgruppen für weitere 18 Gesamtschulen, die zum nächsten Schuljahr ihren Schulbetrieb aufnehmen werden, von der Landesschulbehörde eingerichtet. Noch im März 2010 war noch mit der Einrichtung von Planungsgruppen zu rechnen, die im August 2010 mit ihrer Arbeit anfangen sollen. Zu den Gründungskollegien bzw. Planungsgruppen gehören an vielen Orten nur wenige Lehrkräfte, die bereits an einer Gesamtschule gearbeitet haben. Entsprechend hoch ist der Beratungs- und Fortbildungsbedarf für Gründungskollegien und Planungsgruppen. Die Zeit zur inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung von Gesamtschulen durch Planungsgruppen beträgt zurzeit i. d. R. ca. 5 Monate. Der Umfang der Freistellung von Planungsgruppenmitgliedern für die vorbereitenden Arbeiten wurde deutlich reduziert. Planungsgruppen müssen oft eine Woche nach Aufnahme der Arbeit bereits die ersten Elterninformationsveranstaltungen über das Konzept der neuen Gesamtschule bestreiten. Während die Schulbehörde früher Fortbildungs- und Beratungsangebote für Gründungskollegien und Planungsgruppen vorhielt, gibt es diese zurzeit nicht. Dies macht die schlechten Rahmenbedingungen für den Start der neuen Gesamtschulen in Niedersachsen deutlich. Für den Vorstand des Landesverbandes war es daher selbstverständlich, mit den vergleichsweise bescheidenen Mitteln der GGG möglichst effektive Unterstützung für Gründungskollegien und Planungsgruppen zu leisten. Auf einer Klausurtagung des Vorstandes im Herbst 2009 wurde daraufhin eine Fortbildungstagung für Mitglieder der Gründungskollegien und Planungsgruppen geplant, die Anfang Februar 2010 in einem

empfehlenswerten Tagungshotel in Bad Nenndorf stattfand. Die Tagung sollte zum einen der Kontaktaufnahme und Vernetzung der Gründungskollegien und Planungsgruppen untereinander dienen. Zum anderen sollten erfahrene Kolleginnen und Kollegen aus den länger bestehenden Gesamtschulen praktische Hilfen zu zentralen Planungsarbeiten geben. Der Landesverband entschied sich, die Durchführung der Tagung teilweise aus GGG-Mitteln zu finanzieren, damit einerseits ein gutes Tagungsambiente gewährleistet werden konnte und andererseits die Höhe der Teilnahmegebühr Interessenten nicht zu sehr abschreckte. Teilnehmer/innen, die der GGG beitraten, wurde eine reduzierte Teilnahmegebühr abverlangt, verbunden mit der Hoffnung, dass dadurch neue Mitglieder gewonnen werden würden. Letzteres gelang auch.

Der Landesverband sieht es als Erfolg der Werbung für diese Veranstaltung, dass 9 zu Beginn des Halbjahres eingerichtete Planungsgruppen und 7 zum 01.08.2009 neu gebildete Gesamtschulkollegien auf der Tagung durch insgesamt 35 Teilnehmer/innen vertreten waren, zumal diese trotz der hohen zusätzlichen Arbeitsbelastung durch Planungsaufgaben für einen ganzen Tag am Wochenende anreisen mussten.

Der inhaltliche Start der Tagung wurde von Information und Diskussion zur heftig umstrittenen Einführung der Systemzeit von 12 Schulbesuchsjahren bis zum Abitur auch an den Integrierten Gesamtschulen bestimmt. Der Landesvorsitzende Gerhard Hildebrandt stellt die sich abzeichnenden Veränderungen schulrechtlicher Vorgaben vor. Da die IGSen davon ausgehen müssen, dass das von der GGG unterstützte Volksbegehren zur Rückkehr zum Abitur nach 13 Schulbesuchsjahren möglicherweise erfolglos bleibt, wurde eine Möglichkeit vorgestellt, wie die angekündigten Veränderungen von Verordnungen und Erlasse in der Schulstruktur einer IGS so berücksichtigt werden können, dass Auswirkungen auf die Strukturqualität der IGS möglichst gering sind.

Der zweite Schwerpunkt der Tagung diente dem gegenseitigen Vorstellen bereits entwi-

ckelter Schulkonzepte. Dazu erstellten die Vertreter/innen der Planungsgruppen und Gründungskollegien Präsentationen, in denen sie die bis dahin erarbeiteten Konzepte „ihrer“ IGS und die noch offenen Fragen und zu lösenden Aufgaben darstellten. Da von manchen Planungsgruppen mehrere Vertreter/innen anwesend waren, wurde diese Zeit genutzt, um laufende Planungsarbeit fortzuführen, zu konkretisieren oder Ergebnisse präsentationsreif zu formulieren. Mit den Plakaten wurde eine „School-Gallery“ für alle gebildet. An jedem Plakat stand jemand als Ansprechpartner/in zur Verfügung, so dass beim Rundgang durch diese Ausstellung intensiv nachgefragt werden und weitere Kontakte und Austausch von Materialien verabredet werden konnte. Jede/r kam in die Situation, Konzeptelemente zu erläutern, und hatte die Gelegenheit, bei anderen Anregungen und Tipps zu bekommen. Bei der abschließenden Bewertung der Tagung wurde diese Phase als besonders ertragreich bewertet.

Am zweiten Tag bildeten Workshops, die von erfahrenen Referent/innen aus Gesamtschulen angeboten wurden, den Schwerpunkt. Wie nicht anders zu erwarten war, war die Anzahl derjenigen, die am Workshop Differenzierung an der IGS teilnahmen, am größten. Fachbereichsleiter/innen aus IGSen stellten konkrete Beispiele aus ihren Fächern vor, wie binnen differenzierender Fachunterricht geplant und durchgeführt werden kann.

Der am zweitstärksten nachgefragte Workshop war der nach Entwicklung eines Ganztagskonzeptes unter den Rahmenbedingungen, die in Niedersachsen zurzeit für die neu errichteten Gesamtschulen gelten. Da die neuen Gesamtschulen nur wenige Lehrerstunden für diesen Bereich erhalten und die Schulträger z. T. kaum in der Lage sind, zusätzliche Finanzmittel für Schulsozialarbeit oder Ganztagsangebote zur Verfügung zu stellen, müssen die Gesamtschulen von der Möglichkeit Gebrauch machen, einen Teil der Lehrerstunden zu kapitalisieren und damit kostengünstig „Manpower“ für den Ganztagsbereich einzukaufen. Hierbei ist eine phantasievolle Nutzung örtlicher

Ressourcen notwendig. Die Schulen müssen versuchen, sich durch Zusammenarbeit mit örtlichen Vereinen (im Bereich Sport, Landfrauenbund) oder öffentlichen Institutionen (z. B. Musikschulen, Träger von Berufsförderungsmaßnahmen, ...) oder kirchlichen Institutionen kostengünstige personelle Ressourcen zu erschließen, um ein Minimum an Ganztagsangeboten vorhalten zu können. Im dritten Workshop informierte der Didaktische Leiter einer IGS darüber, wie Lernentwicklungsberichte, die in Niedersachsen in den Schuljahrgängen 5 bis 8 an der IGS Zensurenzeugnisse ersetzen können, aussehen können und auf welchem Wege diese zustande kommen.

Parallel zur Tagung war es laufend möglich, auf einem vorbereiteten Vordruck Anfragen zu formulieren und auszuhängen, zu denen andere TN Hinweise eintragen konnten, an welchen Gesamtschulen es hierzu Konzepte und/oder eine gute Praxis gibt. Diese Möglichkeit wurde genutzt, um Tipps zu bekommen, wer unter welche Mail-Adresse bei welcher dringenden Frage weiter helfen kann.

Im abschließenden Plenum wurde überlegt, wie gegenseitige Unterstützung weiter organisiert werden kann. Es wurde u. a. die Idee geboren, auf einer virtuellen Festplatte im Netz, die für GGG-Mitglieder über ein Passwort von der GGG-Website aus erreichbar ist, gesamtschulrelevante Materialien zu speichern und für Downloads für Mitglieder bereitzustellen. Der Vorstand des Landesverbandes versprach zu prüfen, ob dies mit den Mitteln, die dem Landesverband zur Verfügung stehen, geleistet werden kann.

Die abschließende Bewertung der Tagung durch die TN ergab eine überwältigende Zufriedenheit mit den angebotenen Inhalten, den angewandten Tagungsmethoden, dem Tagungsambiente und der Atmosphäre während der Tagung. Der Vorschlag, dass die GGG weitere Tagungen zur Unterstützung der neuen Gesamtschulen in ähnlicher Form durchführen möge, wurde von allen TN intensiv unterstützt.

KARL-HEINZ UFLERBÄUMER

## NRW

### Längeres gemeinsames Lernen im Trend

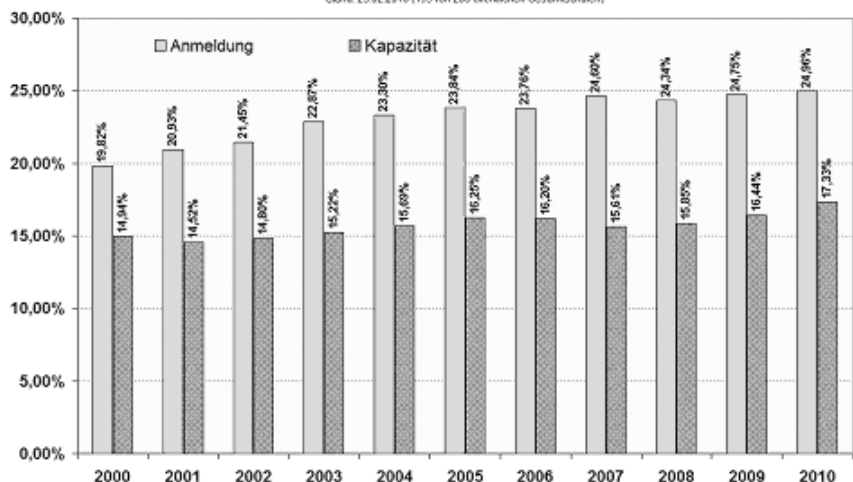
In einer gemeinsamen Pressekonferenz im Landtag von NRW stellte der Landeselternrat der Gesamtschulen, die Schulleitungsvereinigung Gesamtschulen und die GGG NRW die Zahlen der Anmeldeperiode 2010 zu den NRW-Gesamtschulen vor. Die Attraktivität der Gesamtschulen steigt von Jahr zu Jahr, viele Schulen müssen angemeldete Kinder wegen Platzmangels ablehnen. Im Jahr 2010 wurden 25 % der Viertklässler an einer Gesamtschule angemeldet. Seit dem Jahr 2000 ist die Quote von damals 19,8 % um mehr als ein Viertel gestiegen. Längeres gemeinsames Lernen, ein Schulangebot, in dem jeder Abschluss erreichbar ist, und eine Schulkultur, die jedem Kind eine Chance gibt, machen die Attraktivität der Gesamtschule aus. Drei neue Gesamtschulen in Bad Salzuflen, Köln-Nippes und Lippstadt nehmen erstmalig Kinder auf. Der Bedarf ist weit größer. Da es aber immer noch zu wenig Gesamtschulplätze in NRW gibt, müssen auch in diesem Jahr trotz zurückgehender Schüler/innenzahlen wieder 14.000 Kinder abgelehnt werden. Angesichts der Zahlen sollte man meinen, dass die Landesregierung dem Elternwillen folgt und Gesamtschulneugründungen

fördert. Das Gegenteil ist der Fall. Es wird versucht, Neugründungen zu verhindern. So wurden bis 2005 alle Gesamtschulen in NRW als Ganztagschulen geführt. Die schwarz-gelbe Koalition in NRW hat das Schulgesetz geändert. Den Kindern an den neuen Gesamtschulen wird per Grundsatzbeschluss der Landesregierung der Ganztagsbesuch verwehrt.

Alle Gesamtschulen in NRW sind mit einer gymnasialen Oberstufe ausgestattet und führen einen Teil ihrer Schüler/innen zum Abitur. Diese Oberstufen können auch von Haupt- und Realschüler/innen mit der entsprechenden Qualifikation angewählt werden. Die Gesamtschulen melden in diesem Jahr einen landesweiten Anmeldeboom auch für ihre gymnasialen Oberstufen. Die Attraktivität der Gesamtschuloberstufe ist in einem Maße gestiegen, dass an vielen Orten mehr als die Hälfte der externen Anmeldungen nicht berücksichtigt werden können. Viele Schüler/innen mit der Qualifikation für die gymnasiale Oberstufe müssen auf Grund fehlender Plätze abgelehnt werden. Diesen Jugendlichen wird die Chance zum Abitur verwehrt. Dies bedeutet eine grobe Ungerechtigkeit für die betroffenen Jugendlichen und lässt Bildungsreserven ungenutzt.

RAINER DAHLHAUS, WERNER KERSKI,  
JÖRG NICOLAYE

**Anmeldungen und Abweisungen bei öffentlichen Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen**  
verglichen mit der Zahl der Kinder in Klasse 4  
Stand: 23.02.2010 (195 von 200 öffentlichen Gesamtschulen)



## SCHLESWIG-HOLSTEIN

### Bildungspolitische Kreationisten auf dem Vormarsch

„Wie es in Schleswig-Holstein gelingt, die Integrierten Gesamtschulen elegant abzuschaffen! – Ein Lehrbeispiel und eine Warnung!“ Mit diesem Satz begann der letzte Länderbericht im Jahre 2009. Diese Befürchtungen scheinen sich in schlimmer Form zu bewahrheiten.

#### Zur Lage im Allgemeinen:

In Schleswig-Holstein gibt es neben den Gymnasien, einigen wenigen Gymnasien mit Regionalschulenteil – inzwischen Regionalschulen (Schulen mit den Bildungsgängen Hauptschule und Realschule) – fast ausschließlich Gemeinschaftsschulen. Das Volksbegehren zum Erhalt der Realschulen ist grandios gescheitert. Inzwischen hatte die Landesregierung per Schulgesetzänderung die Frist zur Umwandlung in die Regional- oder Gemeinschaftsschulen um ein Jahr auf 2011/12 verlängert. Damit wird es ab dem Jahre 2011/12 Gymnasien, Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen geben. Gleichzeitig gibt es einen Referentenentwurf zur Änderung des Schulgesetzes. Zwei schwerwiegende Änderungen legen die Axt an die Wurzel der Gemeinschaftsschulen.

#### Erster Schlag

Alte Fassung von 2007:

Das Gymnasium weist die Schülerin oder den Schüler mit dem Abschluss der Orientierungsstufe der nächsten Jahrgangsstufe der Regionalschule zu (Schrägversetzung), wenn die Leistungen den Anforderungen des Gymnasiums nicht genügen. [...] Die Möglichkeit der Antragstellung auf Aufnahme in eine Gemeinschaftsschule bleibt in den Fällen der Sätze 4 und 5 unberührt.

Neue Fassung:

Das Gymnasium weist die Schülerin oder den Schüler mit dem Abschluss der Orientierungsstufe der nächsten Jahrgangsstufe der Regional- oder Gemeinschaftsschule zu

(Schrägversetzung), wenn die Leistungen den Anforderungen des Gymnasiums nicht genügen.

Die Rolle des Gymnasiums bleibt weiterhin unangetastet, Regional- und Gemeinschaftsschulen bilden die Reparaturbetriebe.

#### Zweiter Schlag

Alte Fassung von 2007:

In der Gemeinschaftsschule findet der Unterricht grundsätzlich für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam statt, wobei den unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler vor allem durch Formen binnendifferenzierenden Unterrichts entsprochen wird.

Gemeinschaftsschulen entstehen auf Antrag der Schulträger durch die Verbindung von Schulen verschiedener Schularten oder durch eine Schulartänderung auf der Grundlage eines von den Schulen zu erarbeitenden pädagogischen Konzepts, das beschreibt, in welchen Schritten Formen des längeren gemeinsamen Lernens über die Jahrgangsstufen fünf und sechs hinaus bis Jahrgangsstufe zehn realisiert werden sollen.

Neue Fassung:

§ 43 Gemeinschaftsschule

In der Gemeinschaftsschule können Abschlüsse der Sekundarstufe I in einem gemeinsamen Bildungsgang ohne Zuordnung zu unterschiedlichen Schularten erreicht werden. Den unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler kann sowohl durch Unterricht in binnendifferenzierender Form als auch durch Unterricht in nach Leistungsfähigkeit und Neigung der Schülerinnen und Schüler differenzierten Lerngruppen sowie in abschlussbezogenen Klassenverbänden entsprochen werden.

Damit wird an vielen ehemaligen Real- und Hauptschulen, die sich nur widerwillig auf den Weg gemacht haben bzw. wo ein starker Anteil der Lehrkräfte kaum Veränderungsbereitschaft zeigt, der Status quo ante wiederhergestellt werden. Sie heißen zwar Gemeinschaftsschulen, in der Praxis werden es aber verbundene Haupt- und Realschulen sein.

Unser Landesverband muss sich überlegen, wie er darauf reagieren soll, wenn er schon Schwierigkeiten hatte, die kooperative Gesamtschule als Schule gemeinsamen Lernens zu akzeptieren.

#### Dritter Schlag

Am 30.03.2010 trat eine neue Pflichtstundenregelung in Kraft. Sie beinhaltet weiterhin die Bevorzugung der gymnasialen Lehrkräfte, legte aber zumindest eine einheitliche Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte an Regional- und Gemeinschaftsschulen auf 26 Stunden fest. Das bedeutet für die Lehrkräfte an den Gesamtschulen, die ja ab dem 01.08.2010 automatisch Gemeinschaftsschulen werden, eine Erhöhung um eine halbe Stunde.

Am 31.03.2010 wurden die Schulen benachrichtigt, dass diese Regelung wieder aufgehoben sei – es gelte weiterhin die alte lauffahnenbezogene Pflichtstundenregelung. Das bedeutet für die Lehrkräfte an den Gesamtschulen eine Erhöhung von 1,5 Stunden (Realschullehrkräfte) oder 2 Stunden (Hauptschullehrkräfte). Als Grund für die Erhöhung wurde die Haushaltslage angegeben. Gleichzeitig wird aber an dem Rollback zu G 9, bzw. G 8 und G 9, dem sogenannten Y-Modell, gearbeitet – vor allen Dingen daran, wie dieses zu finanzieren sei. Die Lösung, so scheint es, ist gefunden – Gemeinschaftsschullehrkräfte (und Regionallehrkräfte) unterrichten etwas mehr. (Sie haben es ja auch leichter als die Kolleg/innen vom Gymnasium mit ihrer schwierigen und anspruchsvollen Klientel, und die Grundschullehrkräfte unterrichten 28 Stunden, denn sie haben ja weniger Zeitaufwand für die Vorbereitung und die Korrektur, so der neue Staatssekretär Eckhard Zirkmann.)

#### Leitsätze verabschiedet

Auf der in dem letzten Länderbericht beschriebenen Veranstaltung des Landesverbands mit Schulleitungen der Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen hat eine Arbeitsgruppe aus dem Teilnehmerkreis sich für folgende Leitsätze ausgesprochen:



## Leitsätze der GGG – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens – Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Die Schule des gemeinsamen Lernens sichert die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins.

Mit der Gründung der Gemeinschaftsschulen – und teilweise mit der der Regionalschulen – hat sich Schleswig-Holstein auf den richtigen Weg gemacht.

Das gemeinsame Lernen ermöglicht den flexiblen, anforderungsgerechten und damit den ökonomisch vernünftigsten Einsatz von personellen wie sächlichen Ressourcen. Dies wird durch die Stellungnahme des Landesrechnungshofes hinsichtlich der ökonomischen Betrachtungsweise bestätigt.

Um alle Potenziale der Schüler/innen herausfordern und fördern zu können und die Ressourcen in den Köpfen der Kinder und Jugendlichen optimal zu nutzen, ist langes gemeinsames Lernen unbedingt erforderlich.

Langes gemeinsames Lernen lässt Zeit für die unterschiedlichen individuellen Entwicklungen, Kinder können voneinander lernen, kein Kind wird ausgegrenzt.

Die GGG setzt sich für gutausgestattete gebundene Ganztagschulen ein. Diese müssen über die erforderliche Infrastruktur verfügen (z. B. Mensa, Ganztagsräume).

Das Lehrpersonal an Schulen ist ausschließlich Landesaufgabe.

Die Kosten für das unterstützende, assistierende und betreuende Personal trägt der Schulträger.

Die GGG setzt sich für die Verwirklichung der Inklusion ein.

Wer mit der vermeintlichen Selbstständigkeit der Schulen der Beliebigkeit und der Konzeptionslosigkeit Tür und Tor öffnet, gefährdet und zerstört die erfolgreich begonnene Entwicklung zur Gemeinschaftsschule, zum längeren gemeinsamen Lernen. Er verunsichert Eltern und Lehrkräfte und verschwendet in unverantwortlicher Weise Ressourcen. Er gefährdet den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein, der mehr junge Menschen mit qualifizierten

Abschlüssen braucht, als das überkommene Schulsystem hergegeben hat, der teamfähige und kooperative Absolventen braucht, die ebenso kreativ wie innovativ denken und handeln können. Auch aus wirtschaftlichen Erwägungen brauchen wir einen Aufbruch in die Wissensgesellschaft.

Diese Sätze werden wir in den nächsten Monaten mit allen politischen Parteien, der GEW und dem Grundschulverband Schleswig-Holstein stehen wir im engen Kontakt. Ende April wird es eine gemeinsame Sitzung geben, um über geeignete Aktionen zu beraten.

KLAUS MANGOLD

## SAARLAND

Am 27.01.2010 hatte der Landesvorstand der GGG Saarland Gelegenheit, mit Herrn Minister Klaus Kessler (GRÜNE) zu sprechen. Wichtig war dem ehemaligen GEW-Landesvorsitzenden, um Einsicht und Verständnis dafür zu werben, dass kaum Ziele der GGG, die er als Person teilt, Eingang in die Koalitionsvereinbarung gefunden haben. Andererseits wurden den Koalitionspartnern (CDU und FDP) doch einige Zugeständnisse abgerungen. Dazu gehört die freie Schulwahl nach dem 4. Grundschuljahr, das obligatorische 3. Kindergartenjahr, in dem die Kinder bereits von Grundschullehrer/innen stundenweise unterrichtet werden sollen, und die Absicht, die Grundschulzeit um ein 5. Schuljahr zu verlängern.

Positiv steht der Minister zum Ausbau von Ganztagsangeboten – im Saarland gibt es nur eine staatliche Ganztagschule im Bereich Sekundarstufe I (GeS Neunkirchen). Herr Werner König, der neue Gesamtschulreferent (Nachfolger von Irmela Freigang), kam gerade von einer Konferenz in der Gesamtschule Saarbrücken Rastbachtal, die sich zur Ganztagschule weiterentwickeln möchte. Die von der CDU-Landesregie-

rung eingeleitete Verstärkung der Schulsozialarbeit in verschiedenen Projekten wird verstetigt. Das hat der Landesvorstand zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Minister seinerseits wird Versuche mit anderen Modellen des Abschlussverfahrens zunächst für den Hauptschulabschluss offen gegenüber treten, wie auch Versuchen, die äußere Fachleistungsdifferenzierung abzulösen. Versuchsansätze müssen gut begründet sein. Die GGG Saarland wird die Gesamtschulen bei Vorbereitung von Anträgen und ggf. ihrer Genehmigung nach Kräften unterstützen. Zentral und besonders heftig umstritten ist die an eine Verfassungsänderung gebundene Einführung des 5. Grundschuljahres.

Ein weiteres umstrittenes Ziel ist es, Gesamtschule und Erweiterte Realschule zur „Gemeinschaftsschule“ bei Bestandsgarantie für das Gymnasium zusammenzuführen.

Vor allem gegen das 5. Grundschuljahr machen der Philologenverband und auch Gymnasialeltern mobil: Kein G 7! ist die Parole. (Die Verkürzung auf G 8 haben seinerzeit die Gymnasiallehrer/innen und vor allem die Schulleitungen wenn nicht begrüßt, so doch billigend in Kauf genommen.)

Gemeinsam mit Vertretern der GEW, der Arbeitskammer und anderen interessierten Gruppen und Personen sucht die GGG Saarland nach Wegen, möglichst viele eigene Vorstellungen in die Umgestaltung der saarländischen Schulen so einzubringen, dass der Weg zu einer inklusiven gemeinsamen Schule vorbereitet wird. Durchsetzbar ist diese Schule mit dieser und wohl auch mit einer eines Tages veränderten Koalition wohl nicht. Der SPD stehen die Gymnasialschüler/innen derzeit auch näher als die in den anderen Schulformen. Das zeigt sich darin, dass sie bei der Einführung eines 5. Grundschuljahres nur nach der Umsetzung für die Gymnasien fragen. – Über die weitere Entwicklung wird zu berichten sein.

Nach Meldungen der Saarbrücker Zeitung beabsichtigt Minister Kessler, Lehrer/innenstellen vom Gymnasium in andere Schul-

formen zu verlagern. Im Sommer 2009 hat der Doppeljahrgang G8 / G9 Abitur gemacht. Damit werden nach Berechnungen des Ministeriums etliche Planstellen in den Gymnasien frei. – Die GGG Saarland begrüßt diese Entscheidung, wurden doch die Gesamtschulen in den zurückliegenden Jahren bei der Lehrerzuweisung systematisch benachteiligt.

Allerdings warnt die GGG die Lehrverbände davor, sich wechselseitig zu bekämpfen. Dass der Versuch, das Problem des

Lehrer/innenmangels „für die einzelnen Schulgattungen getrennt zu lösen, scheitern [muss]“, beschwor bereits Georg Picht vor über 45 Jahren.

Am Donnerstag, den 06.05.2010, wird die Vortragsreihe Die GGG lädt ein fortgesetzt mit dem Bericht von einer Exkursion an die IGS Göttingen-Geismar: Blick in den Leuchtturm. (Zuletzt sprach Ottmar Wagner, Gesamtschullehrer GeS Marpingen, über Integration in Nord-Irland.)

Mit einem Gesamtschulfest in der GeS Neunkirchen wird das Schuljahr abgeschlossen.

Die Arbeit aber geht weiter. Voraussichtlich im Mai wird Minister Kessler seine Pläne konkretisiert der Öffentlichkeit vorstellen. Die GGG Saarland wird sich in die dann stattfindende Diskussion kompetent und streitbar einmischen.

KLAUS WINKEL

WOLFGANG VOGEL

## Die GGG auf der Didacta in Köln

Auch in diesem Jahr war die GGG wieder auf der Didacta präsent. Traditionell angedockt am Stand der GEW hatte sich gegenüber den Vorjahren einiges geändert. Die GGG hatte nicht mehr nur ihre eigene Ecke, sondern war, gemeinsam mit anderen Bündnispartnern der GEW – z. B. dem Verlag Neue Schule und dem Projekt 1 GOAL – Bildung für alle – an der großen Theke des GEW-Standes integriert. In vielen Gesprächen mit den Besuchern (Eltern, Studierenden, Referendar/innen, Kolleg/innen und Expert/innen) wurde so nicht nur über Sinn und Notwendigkeit längeren gemeinsamen Lernens für alle Kinder und Jugendlichen informiert oder diskutiert – es kam auch schon mal vor, dass die GGGler um Auskunft zu Tarifen und Ruhestandsregelungen gefragt wurden. Im Verlauf der Messe waren aber auch solche Anforderungen von der GGG kompetent zu beantworten: mit dem sachdienlichen Hinweis auf die jeweiligen Experten der GEW.

Viele junge und langjährige Mitglieder, Freunde und Prominente fanden sich im Laufe der Messetage ein. Gegenüber den letzten Jahren war die Intensität der Gespräche deutlich höher, ein Erfolg des „integrierten Konzepts“. Die Identität der GGG als eigenständiger Verband blieb trotzdem gewahrt, war sie doch mit eigenem Logo auf einem professionell hergestellten Messemo-

dul deutlich auszumachen. Nächstes Jahr in Stuttgart wird dieses noch unmittelbarer der Theke zugeordnet, so dass Verwechslungen gänzlich ausgeschlossen sind.

Auch die Produkte der GGG kamen gut an: alles, was nichts kostet, Flyer und Journale ohnehin, aber auch die Publikationen der Blauen Reihe (zu ermäßigten Messepreisen),



**Zirkus Zappellino – Highlight am GEW-Stand**



**GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne im Gespräch mit Michael Hüttenberger**

darunter insbesondere das Heft 59 Differenzierung im Klassenverband erfreute sich hoher Nachfrage. Spitzenreiter in der Beliebtheit ist und bleibt, auch nach inzwischen 15 Jahren Drucklegung, das Traxler-Plakat mit seiner berühmten Metapher zur Chancengleichheit.

Ein Renner auch die neue Publikation unseres Bundesgeschäftsführers Michael Hüttenberger, Der BildungsStruwelpeter, der auf der Didacta Premiere hatte. Der Autor las dem interessierten Publikum einzelne Kapitel vor: ein wahrer Balanceakt. Er nutzte dabei die gute Stimmung nach den

großartigen Darbietungen des Zirkus Zap-pelino der Gesamtschule Holweide. Die Kunststücke der Schüler/innen waren für viele der eigentliche Höhepunkt auf der Didacta, eine heitere und kurzweilige Zäsur im anstrengenden Messegetümmel.

## Ankündigung Norddeutscher Kongress

Am Freitag, 10. September 2010, und Samstag, 11. September 2010, findet der Norddeutsche Kongress in Lübeck statt. Veranstaltungsort ist die Geschwister-Prenski-Schule.

Als Oberthema haben wir gewählt:

### INDIVIDUALISIERUNG UND LEISTUNG IM SPANNUNGSFELD

#### Voraussichtlicher Ablauf:

##### Freitag, 10.09.2010

16.00–17.00 Uhr	Anreise, Kaffee
17.00 Uhr	Begrüßung Klaus Mangold, Stadtpräsidentin Gabi Schopenhauer, Schulleiter Rolf Benning
17.30–18.30 Uhr	Impuls-Referat + Podiumsdiskussion
19.00–20.00 Uhr	Bootsfahrt auf der Trave und Wakenitz um die Altstadt
20.30 Uhr	Abendessen im Schabbelhaus danach Bummel durch das nächtliche Lübeck

##### Samstag, 11.09.2010

09.00 Uhr	Morgenimpuls
09.30–12.30 Uhr	Workshop-Phase I
12.30–13.30 Uhr	Mittagspause
13.30–15.00 Uhr	Workshop-Phase II
15.00–15.30 Uhr	Fortführung des Morgenimpulses (Lothar Sack / Klaus Mangold)

Das endgültige Programm wird bis Anfang Juni fertiggestellt sein, den Landesverbänden umgehend zugehen und ist unter [www.ggg-bund.de](http://www.ggg-bund.de) abrufbar. ◆

#### TERMINE

##### 04.06.2010

GGG-LV Berlin

GGG-Tag

„Partizipation und Verantwortung“,  
Wilhelm von Humboldt-Schule, Berlin-  
Prenzlauer Berg

##### 11.-12.06.2010

GGG-BV

Bundesvorstandssitzung, Stedesdorf

##### 01.09.2010

GGG-Bund

BAG Schulleiterqualifikation, Frankfurt

##### 02.-03.09.2010

GGG-BV

Bundesvorstandssitzung, Stedesdorf

##### 17./18.09.2010

GGG-LV SH

Norddeutscher Kongress, Geschwister-  
Prenski-Schule, Lübeck

##### 12.-13.11.2010

GGG-Bund

Bundesarbeitstagung „Selbstständiges  
Lernen“, Heinrich-von-Stephan-Schule,  
Berlin-Moabit

##### 14.11.2010

GGG-Bund

Mitgliederversammlung, Berlin-Moabit

##### 14.-15.11.2010

GGG-Bund

Bundesvorstand und Hauptausschuss,  
Berlin

##### 18.11.2010

GGG-NRW

Landeskongress „Inklusion“ und Mit-  
gliederversammlung, Gesamtschule  
Essen-Bockmühle

## KOMMENTAR



# Strategiedebatte zu Himmelfahrt

Was führt Menschen an einem beliebten Ferientermin für 1 ½ Tage quer durch die Republik zu einem politischen Treffen? Mitglieder der GGG und des Bundesvorstands, Mitglieder der GEW aus dem geschäftsführenden Vorstand und aus der Bundesfachgruppe Gesamtschulen, Wissenschaftler/innen und Publizist/innen? Es ist, wie sich im Verlauf der Tagung zeigte, der Bedarf an strategischer Klärung in einer Gruppierung, die sich traditionell als Gesamtschulbewegung verstand, die es jetzt aber als vergleichsweise geschlossene Bewegung nicht mehr gibt. Und es ist das Interesse, zu verstehen, warum Menschen, die lange zusammengearbeitet haben, so unterschiedlich ticken, gegensätzliche, z.T. sich ausschließende strategische Konzepte vertreten und andererseits zu prüfen, ob es Gemeinsamkeiten gibt und wo diese liegen.

Die Übereinstimmung in dem Ziel, ein Gesamtschulsystem zu errichten, das in der Sekundarstufe I nur eine Schulform kennt, die alle bisherigen Bildungsgänge enthält und grundsätzlich inklusiv arbeitet, konnte in der ersten Gesprächsrunde festgestellt werden. Dieses Ziel vertreten auch diejenigen, die statt von Gesamtschulen von Einer Schule für Alle sprechen. Allerdings die Einschätzung der politischen Bedingungen und daraus folgend der strategischen Einschätzungen sind unterschiedlich, ja gegensätzlich.

Umstritten bleibt die Bewertung der durchaus unterschiedlichen Zwei-Säulen-Modelle, die z. B. in den drei Stadtstaaten errichtet

wurden, sowie die Einschätzung der Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein. In zwei Fragen bündeln sich die Kriterien, aus denen die Kalküle abgeleitet werden.

1. Ist die Abschaffung des Namens „Gesamtschule“ mit dem Verlust ihrer spezifischen Qualität verbunden, als integrative Schulen alle Bildungsgänge zu enthalten, für gesellschaftliche Aufsteiger sowie für bildungsbürgerliche Familien als Alternative zum Gymnasium interessant zu sein und den Anspruch zu verkörpern, alle Schulformen aufzuheben?
2. Oder ermöglicht die 2. Säule, die den Namen Gesamtschulen aufgibt, wie auch die Einführung von „Gemeinschaftsschulen“ einen quantitativen Sprung in der Ausweitung von Schulen, die ebenso gut oder sogar besser als die bestehenden Gesamtschulen sind?

Die letzte Auffassung wurde damit begründet, dass politische Mehrheiten nur zu erreichen seien, wenn der „verbrannte“ und nicht nur für die CDU nicht konsensfähige Name aufgegeben werde und de facto neben den Gymnasien quasi Gesamtschulen entstünden. Durch die quantitative Ausweitung sei es zudem möglich, die Misere der Hauptschule zu beenden. Für Berlin wurde betont, die neuen Gemeinschaftsschulen seien durch die Überwindung der äußeren Fachleistungsdifferenzierung in höherem Maße integrative Schulen als die bestehenden Gesamtschulen.

Dem wurde entgegen gehalten, die hohe Zahl von Anmeldungen zu den bestehenden

Gesamtschulen – von Anmelderekorden zu sprechen, sei nicht übertrieben – zeige, dass der Name „Gesamtschule“ keineswegs verbrannt sei. Zunehmend interessierten sich aufstiegsorientierte und bildungsbürgerliche Familien aus dem Mittelstand für Gesamtschulen als alternativem pädagogischen Weg zum Abitur gegenüber dem G8-Gymnasium. Inzwischen hätten CDU-Kommunalpolitiker in Städten und Landkreisen ihren Frieden mit den Gesamtschulen gemacht und wirkten aktiv an Neugründungen mit – der Name störe längst nicht mehr, er sei im Gegenteil Ausweis für eine bekannte Qualität. An der dürften keine Abstriche gemacht werden, wie das bei der Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein der Fall sei.

Unstrittig war die optimistische Erwartung, dass in den Gesamtschulländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern eine neue Gesamtschul-Gründungswelle möglich wäre. Unstrittig war auch die Erwartung, dass im größten Bundesland Baden-Württemberg demnächst ein Dammbbruch durch die eine oder die andere Gesamtschulgründung möglich werde. Auch der schwärzeste Ministerpräsident könne die Bürger auf Dauer nicht bevormunden, die in Heidelberg, Freiburg oder Mannheim keine Chance hätten, einen begehrten Platz an einer Gesamtschule zu finden.

Schon in einem Jahr will man sich wieder treffen, weiter klären und eine erfolgreiche Strategie finden.

EBERHARD BRANDT